Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich vor 11 - 12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27
Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 74 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18 .., monatlich 6.00 Mk einschl. Bestellgeld. | Halle, Donnerstag, den 31. März 1921 | [illegible] Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalten en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr | 5. Jahrgang.

Halle arbeitet wieder.

Die Vernunft hat gesiegt — Nach 24stündigem Streik nahm das Elektrizitätswerk gestern die Arbeit wieder auf — Baugewerbe und Industrie folgten heute.

An die Arbeiter- und Angestelltenschaft Mitteldeutschlands!

Den Parolen zum Teil unbekannter Führer folgend, sind in einer Reihe von Betrieben die Arbeiter in einen politischen, vollständig aussichtslosen Streik getreten. Es fehlt jede geordnete Führung und jedes Ziel. Die kommunistischen Führer haben die Massen in der Stunde der Gefahr verlassen. Ohne sich vorher mit den Gewerkschaften und den anderen Arbeiterparteien in Verbindung zu setzen, hat die kommunistische Parteileitung in ihrem Größenwahn geglaubt, die Massen der andersdenkenden Arbeiterschaft ihren Zwecken dienstbar machen zu können. Durch Ausübung gemeinsten Terrors sind die Massen wider ihren Willen gezwungen woerden, sich und ihren Familien schweren Schaden zuzufügen. Die Lage der Arbeiter wird von Tag zu Tag kritischer, ein Zustand, der große Vorteile für reaktionäre Bestrebungen in sich birgt, deren Merkmale sich schon heute zeigen.

Die einzig geschlossene Macht sind die Gewerkschaften. Nur eine disziplinierte Aktion der Gewerkschaften kann von Erfolg für die Arbeiter sein. Auch jetzt wird es sich zeigen, daß die Gewerkschaften es sein werden, die die von unverantwortlichen Führern verursachten Schäden wieder gutzumachen haben.

Die Gewerkschaften werden Sorge tragen, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf das Entschiedenste gewahrt werden. Diese Gewährleistung ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter und Angestellten streng die Parole der unterzeichneten Organisation folgen.

Arbeiter — Angestellte! Folgt den Anweisungen eurer in langjährigen Kämpfen erprobten Gewerkschaften und ihrer Führer. Verzettelt eure Kräfte nicht in Aktionen, die euch keine Vorteile, wohl aber schwere Opfer bringen.

Nehmt die Arbeit sofort geschlossen auf!

Wir werden mit euch auf dem Posten sein, um alle gegen euch geführten Anschläge abzuwehren. Wir haben Vorkehrungen getroffen, eure Interessen schon jetzt gegenüber den Arbeitgebern wie den Behörden wahrzunehmen. Habt Vertrauen zu euren Gewerkschaften, stärkt sie, haltet sie aktionsfähig zu den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen.

Deshalb geht an die Arbeit!

Wenn reaktionäre Willkür oder kommunistischer Terror den Bestand der Gewerkschaften bedrohen, werden wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu entschlossener Abwehr aufrufen.

Haltet euer letztes und einziges Bollwerk, die Gewerkschaften, hoch. Wir fordern die Betriebsräte auf, ihre Funktion sofort wieder aufzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß im Interesse der arbeitenden Bevölkerung selbst ein ungehinderter Fortgang der Produktion ermöglicht wird. Laßt euch als Betriebsräte nicht von verantwortungslosen politischen Aktionsausschüssen beiseite schieben.

Die Gewerkschaftsfunktionäre fordern wir auf, sich in allen vorkommenden Fragen an ihre Organisationen zu wenden.

Schützt euch, eure Betriebe und eure Gewerkschaften gegen jeden Terror!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Der Kartellvorstand. Hesse. Schlimme.
Allgemeiner freier Angestelltenbund. (Afa.)
Beese.

Die Lage im mitteldeutschen Aufruhrgebiet.

Merseburg, 30. März. Dichte Menschenmengen füllten am Vormittag des heutigen Tages die Straßen der inneren Stadt. Die Straßenausgänge nach Leuna zu waren besonders unter scharfer Kontrolle und vom Thüringer Hof aus wurde jeder Straßenverkehr auf der Weißenfelser Straße unterbunden. Hier stauten sich fortgesetzt die Menschenmassen. Kurz nach 9 Uhr brachten hier Sipomannschaften drei Gefangene ein. Von Zivilpersonen wurden diese drei Mann zur Flucht aufgefordert. Die aufgeregten Zivilisten umdrängten die Sipomannschaften, so daß die Gefangenen die Flucht auch ausführen konnten. In der Bedrängnis mußten schließlich die Sipoleute von ihren Waffen Gebrauch machen. Es wurden Schüsse abgefeuert und einige Handgranaten geworfen, die verschiedene Zivilpersonen — man spricht von fünf — verletzten, darunter schwer den Sohn des Lehrers Meinhardt. Verletzt wurde u. a. auch Direktor Rosenbaum durch einen Beinschuß. Mit Hilfe von Verstärkungsmannschaften säuberte die Sipo die Straßen der Stadt, wobei es zu aufregenden Szenen kam. Die Verwundeten wurden in das früher Lückesche Getreidegeschäft transportiert und erhielten hier Notverbände. Auch der Arbeiter-Samariterdienst half bei der Bergung der Verwundeten. Zu einer lebhaften Schießerei kam es dann noch gegen 10 Uhr vormittags am Domgymnasium und in der Nähe des Schlosses in der Hälterstraße. In der Mittagsstunde wurde am Ständehause eine Zivilperson erschossen, da er auf einen Siposchutzmann geschossen hatte. Der Mann, dessen Personalien noch nicht feststehen, beantwortete die Aufforderung des Postens, weiter zu gehen, mit einem Pistolenschuß und wollte dann flüchten. Der Posten feuerte und traf den Unbekannten derart, daß er sofort tot zusammenbrach.

Der durch die Sprengung in **Erfurt** an der Eisenbahnunterführung unweit der Steigerstraße angerichtete Schaden ist nur geringfügig, da das Sprengmaterial nicht im Mauerwerk angebracht, sondern frei in der Unterführung niedergelegt war. Als Täter wurden einige achtzehnjährige Burschen festgestellt und verhaftet, die der kommunistischen Partei angehören.

Auf dem Markt in **Greiz** forderten die hiesigen Kommunistenführer zum Generalstreik und zur Bewaffnung auf. Die Arbeiterschaft verhält sich aber den Kommunisten gegenüber ablehnend. Es ist alles ruhig geblieben.

In **Leipzig** ist alles ruhig.

Die **Wittenberger** Zeitungen wurden auch heute durch die kommunistisch aufgehetzte Bevölkerung am Erscheinen verhindert. Eine Versammlung der Gewerkschaftsführer in der Kaserne wurde unter den Augen der Sipo durch kommunistische Elemente gesprengt.

In **Liebenwerda** hat sich die Lage zugespitzt. Hier hat heute vormittag eine Versammlung stattgefunden, in der ein Berliner Kommunist behauptete, daß in Berlin der Generalstreik ausgebrochen sei, und die Durchführung der Aktion auch in diesem Kreise in schärfster Art forderte. Daraufhin hat die Versammlung dies einmütig beschlossen. Die Arbeiter versahen sich von neuem mit Waffen und besetzten am Mittag die Millygrube, deren Direktor sie verjagten. — Die Arbeitswilligen auf Grube Lauchhammer wurden vertrieben. Um 2 Uhr sollten dann alle öffentlichen Gebäude im Ländchen besetzt und alle Lebensmittel requiriert werden.

In **Mühlhausen** (Thür.) haben die kommunistischen Tabakarbeiter mit großer Mehrheit gegen den Generalstreik in Deutschland gestimmt. Die beabsichtigte Befreiung von Gefangenen wurde nicht durchgeführt.

In **Ohrdruf, Sömmerda, Langensalza** und **Worbis** herrscht Ruhe.

Die **Erfurter Eisenbahndirektion** hat 22 streikende Arbeiter entlassen. Zweck der kommunistischen Sprengungen und Attentate auf öffentliche Gebäude, Bahnübergänge usw. ist die Zersplitterung der Polizeikräfte. Außer in zwei Betrieben wird **in Erfurt überall gearbeitet.**

Das in Jena erscheinende Kommunistenblatt „Neue Zeitg." wurde in größeren Mengen in Erfurt vertrieben. Der Verkauf wurde jetzt von der Regierung verboten. Die Leute, die den Verkauf trotzdem weiter betrieben, wurden verhaftet.

Wiehe bei Artern. Unsere Stadt wurde Mittwoch vormittag von 150 Kommunisten besetzt. Der Pfarrer und der Bürgermeister wurden verhaftet und sollen gegen ein Lösegeld von 100 000 Mk. freigelassen werden. Die Pfarre, die Läden und die Post sollen geplündert sein. Der Kirchturm ist mit einem Maschinengewehr armiert.

Im Bezirk Naumburg-Merseburg herrscht Ruhe.

In der Gegend von Nebra treiben sich einige bewaffnete Banden umher.

Der Bahnhof Roßleben wurde von Kommunisten gesprengt.

Merseburg, 31. März. Die Vernehmung der Gefangenen aus den Leunawerken bestätigt, daß Hölz eine hervorragende Rolle beim Aufruhr in Mitteldeutschland gespielt hat. Die meisten der Verhafteten erklärten, daß sie von Hölz gezwungen worden seien, in die rote Armee einzutreten. Unter den Gefangenen befindet sich auch der Vorsitzende der kommunistischen Partei in Sangerhausen, Paul Andrae, der, wie er jetzt eingesteht, während des Putsches am 15. Mai 1920 die Reichsbank und die Darmstädter Bank in Sangerhausen geplündert hat. Der verhaftete Gemeindevorsteher von Hornburg gab unumwunden zu, die Leute seiner Gemeinde in die Dienste der roten Armee gepreßt zu haben. Die Waffen, die seinerzeit abgeliefert werden sollten, habe er zwar gesammelt, aber nicht an den Landrat abgeführt, sondern unter die Kommunisten verteilt.

Erfurt, 31. März. Die Kommunisten machen große Anstrengungen, das thüringische Land mit Aufruhr zu durchsetzen, doch wirkt der Fehlschlag im Hallischen Bezirk hierbei sehr beeinträchtigend.

Aschersleben, 31. März. Unter den hier verhafteten Kommunisten fanden sich einige, die dringend verdächtig sind, die Attentate auf Gerichtsgebäude in Sachsen verübt zu haben.

Merseburg, 31. März. Ein Telegramm Hörsings an den Polizeikommandeur spricht die vollste Anerkennung für die Niederwerfung des Aufstandes und den Dank an die opferbereite Schutzpolizei aus.

Jena, 30. März. Die Arbeiterschaft der Firma Karl Zeiß nahm heute früh die Arbeit geschlossen auf. Der Antrag der Kommunisten, im Betriebe eine Abstimmung vornehmen zu lassen, wurde vom Betriebsrat glatt abgelehnt. Auch die Teilstreiks in den kleinen Betrieben sind verpufft.

Die Lage im Reich.

Im Ruhrrevier wird gearbeitet.

Von kommunistischen Nachrichtenzentralen werden in bewußter und leicht zu erkennender Absicht Meldungen verbreitet, wonach auf den Gruben des Ruhrreviers gestreikt wird. Das trifft nicht zu. Uns ist ein Telegramm vom Zentralvorstand der Bergarbeiter zugegangen, aus dem zu entnehmen ist, daß im ganzen Ruhrrevier gearbeitet wird. Anderslautende Meldungen sind gefälscht.

Berlin, 31. März. Bis um Mitternacht hatten sich in Berlin keine nennenswerten Zwischenfälle ereignet. Wo noch am Dienstag kleine Teile der Arbeiterschaft gestreikt haben, ist gestern durchweg die Arbeit in vollem Umfange wiederaufgenommen worden. Auch gestern versuchten die Kommunisten neue Attentate zu inszenieren, die aber verhindert werden konnten.

Essen, 30. März. Die Belegschaft auf den Zechen des rheinischen Industriegebietes fuhren heute fast überall vollzählig ein, außer auf einigen linksrheinischen Schachtanlagen, wo die Belegschaften stark mit kommunistischen Elementen durchsetzt sind. Die Versuche der Kommunisten, einen Generalstreik hervorzurufen, sind demnach völlig gescheitert.

Düsseldorf, 30. März. Da die Kommunisten angekündigt hatten, sie würden heute morgen die Arbeitswilligen aus den Betrieben holen, hatten die Arbeiter Maßnahmen getroffen, dem Terror vorzubeugen. Auch von der Polizei waren Vorkehrungen getroffen worden. In der Nacht hatten die Kommunisten Plakate angeschlagen, in denen zum Generalstreik und zum Bündnis mit Sowjetrußland aufgefordert wurde. Die Plakate wurden von der französischen Besatzungsbehörde heute morgen beschlagnahmt und entfernt. Die gestrige Nummer der hier erscheinenden „Freiheit" wurde ebenfalls von der französischen Behörde beschlagnahmt. Die Düsseldorfer Arbeiterschaft ist der kommunistischen Streikparole, bis auf vereinzelte kleine Teile, nicht gefolgt. Nur bei der Firma Schöndorff, A.-G., wo die Kommunisten stärkeren Anhang haben, fehlen von 1200 Arbeitern 200. Die Firma wird die fehlenden Arbeiter sofort entlassen. In anderen Betrieben, in denen gestern eine Anzahl Arbeiter fehlten, sind die meisten Leute zur Arbeit wieder erschienen.

Remscheid, 31. März. (Privattelegramm.) Dicht an der Talsperre kam es gestern vormittag zu einem lebhaften Feuergefecht zwischen einer großen Zahl bewaffneter Kommunisten und der Schutzpolizei. Diese machte 400 Gefangene. Die übrigen Kommunisten flüchteten ins besetzte Gebiet, wo sie von den Engländern entwaffnet wurden.

Hamburg, 31. März. (Privattelegramm „Voss. Ztg.") Nach Unterdrückung des Kommunistenputsches sind zahlreiche Arbeiter, namentlich viele Gewerkschaftsmitglieder, aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Der bisher dem Vorstand der Bürgerschaft angehörende Abg. Heusler teilte dem Präsidium seinen Austritt aus der Kommunistischen Partei mit. Als Nachfolger in sein Vorstandsamt wird kein Mitglied der Kommunistischen Partei mehr in Frage kommen, da die Partei durch die Aufforderung, die gegenwärtige Regierung zu stürzen, das Anrecht auf gleichmäßige Behandlung mit den anderen, die gesetzlichen Zustände anerkennenden Parteien verwirkt hat.

Breslau, 30. März. Wie die „Schles. Ztg." meldet, brachte gestern abend um 10 Uhr auf der Bahnstrecke Schweidnitz—Königszelt, in der Nähe der Station Bunzelwitz, ein Eilgüterzug eine Sprengladung zur Entladung, die anscheinend für den kurz danach passierenden fahrplanmäßigen Zug Kamenz—Königszelt bestimmt war. Der Schaden ist gering. Um 3 Uhr morgens war der Schienenweg soweit hergestellt, daß der Verkehr wiederaufgenommen werden konnte. Die Eisenbahndirektion setzte eine Belohnung für die Ergreifung der Täter aus.

Karlsruhe, 30. März. In vergangener Nacht kam es in Ettlingen zu einem Zwischenfall. Etwa zwölf Insassen des dortigen Reservelazaretts waren in die Polizeiwache eingedrungen, wo es ihnen gelang, die wenigen anwesenden Beamten zu entwaffnen und die Fernsprechverbindungen zu zerschneiden. **Ein Versuch, in das Bezirksamt und das Post-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0001
DFG

sind eingedrungen, mißlang. Die Täter sind flüchtig und werden von der Gendarmerie verfolgt.

Sömmerda, 30. März. Die kommunistische Hetze beginnt sich auch in Nordbayern zu regen. Heute morgen wurden in Nürnberg Flugblätter und Handzettel verbreitet, mit denen zum Generalstreik, sowie zur Verhinderung der Waffen-, Munitions- und Truppentransporte nach Mitteldeutschland aufgefordert wird. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei von Franken ruft die Arbeiterpartei auf, den Moskauern nicht die Kastanien aus dem Feuer zu holen, geschlossen in den Betrieben zu bleiben und sich nicht von unverantwortlichen gewissenlosen Leuten aufputschen zu lassen. Heute vormittag ist hier das kommunistische Organ „Der Weckruf" verboten worden.

„Provoziert mit aller Kraft."

In einer Extranummer der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" wird noch wie vor der Weg blutigster Gewalt gepredigt. Das Blatt ruft den Arbeitern zu:

„Bildet Aktionsausschüsse. Besetzt die Betriebe. Legt alles lahm. Stört den kapitalistischen Apparat mit allen Mitteln. Provoziert mit aller Gewalt. Kämpft um den Betrieb. Entwaffnet die Konterrevolution. Holt Euch die Massen, wo Ihr sie kriegt. Legt die Züge lahm. Sichert Euch die Verbindung aller Aktionsausschüsse."

Weiter heißt dann die Extranummer durch Beschimpfungen unerschämtester Art die Arbeiter in den Kampf zu hetzen:

„Seid Ihr Hunde, die die Peitsche der Herren verdienen? Seid Ihr greinende Weiber, die Freiheit haben wollen ohne Kampf? Um Ostern zu feiern und Kuchen zu fressen, laßt Ihr Eure bis in den Tod kämpfenden Helden im Stich?"

Allen Arbeitern, die mit derartigen Schimpfereien provoziert werden, empfehlen wir, den Provokateuren die Antwort des kommunistischen Führers Richard Müller (Leichenmüller) zu erteilen. Als nach dem Januarputsch 1919 Ledebour gegen Däumig und Richard Müller den Vorwurf erhob, daß sie sich geweigert hätten, ihre Haut zu Markte zu tragen, antwortete Richard Müller wörtlich in der „Freiheit": „Ich bin doch nicht verpflichtet, meine Haut zu Markte zu tragen, weil ein alter Esel die Zeit für revolutionäre Putsche gekommen erachtet." Die Antwort paßt auch heute.

Kommunistische „Kämpfer".

Die „Leipz. Volkszeitung" teilte ihren Lesern am 30. März folgenden Bericht mit:

Im Betriebe der „Leipziger Volkszeitung" waren beschäftigt acht Kommunisten und ein Syndikalist. Eine kommunistisch gesinnte Angestellte war der Parole ihrer Partei, in den Generalstreik zu treten, gar nicht gefolgt. Die anderen sieben Kommunisten sowie der Syndikalist streikten gestern. Heute früh waren von den sieben kommunistischen „Kämpfern" sechs kampfesmüde geworden. Sie nahmen heute morgen die Arbeit auf, obwohl nach den Beschlüssen der Kommunisten es heute erst recht losgehen sollte. Nur ein Kommunist und der Syndikalist streikten heute noch. Die anderen sechs hatten den „Generalstreik" auf eigene Faust abgebrochen und sich wieder in den Dienst der „Leipziger Volkszeitung" gestellt.

Der tragicomische Putsch.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Die kommunistische Putschleitung gleicht zurzeit einem Manne, der einen Haufen nasses Holz mit aller Gewalt zum Brennen bringen möchte. Solange er an einer Stelle bläst, guckt wohl ein schwaches Flämmchen hervor, sobald er aber nun an einer zweiten Stelle die Glut entfachen will, erlischt die erste Flamme wieder. Die kommunistische Putschflamme kann wohl hier und da züngeln, aber nirgends hell emporschlagen, denn es fehlt ihr an brennbarem Holze, — an breiten Massen, die das Abenteuer mitmachen wollen.

Das mitteldeutsche Feuer ist ausgebrannt, nun versucht man es im Rheinland, in Berlin und anderswo wieder zum Schwelen zu bringen. In Hamburg ist das dort angefachte Flämmchen rasch wieder erloschen.

Es gehört wirklich keine große Einsicht dazu, um die Sinnlosigkeit dieser ganzen Methode zu erkennen. Ein solcher Putsch, wie ihn die Kommunisten inszenieren wollten, hätte allenfalls noch Aussichten auf Erfolg, wenn er auf einen Schlag, auf ein Signal in ganz Deutschland aufflammte. Dann würde vielleicht die Möglichkeit bestehen, daß sich die staatlichen Schutzorgane als zu schwach erwiesen. Aber ein solches Unternehmen kann eben nicht willkürlich auf Kommando ohne jeden sichtbaren Anlaß begonnen werden. Vor einem Jahr, als die Kapp und Lüttwitz das Signal gaben, da flammte von selber ganz Deutschland auf. Damals bestand eben ein innerer Grund, eine für jeden fühlbare Ursache, um sich gegen den Gewaltstreich der Reaktion zu erheben.

Die Kommunisten aber hatten für ihren Putsch überhaupt keinerlei Ursache, die an Haaren herbeigezogene Polizeiaktion in Mitteldeutschland war ein Ereignis von rein lokaler Bedeutung. Wenn die „Rote Fahne" auch noch so krampfhaft diese Aktion gegen Verbrecher zu einem furchtbaren Schlag gegen das Proletariat aufzubauschen versuchte, so mußte doch rein gefühlsmäßig jeder Arbeiter den Unterschied zwischen der Verlegung von ein paar Hundertschaften Polizei und dem Staatsstreich der Kapp und Lüttwitz erfassen.

Der Glaube, daß auf ein mitteldeutsches Lokalereignis hin ganz Deutschland sich erheben werde oder könnte, war also von vornherein unsinnig. So blieb denn nur die jetzt ausgeführte Methode, zuerst ein kleines Feuerchen zu entzünden und nach und nach neue Brandherde zu schaffen.

Aber dieses Beginnen ist — immer rein taktisch gesprochen — deswegen aussichtslos, weil der Staat die konzentrierten Machtmittel in der Hand hat und, wenn es ihm gefällt, bei nacheinander entstehenden Bränden seine ganze Kraft gegen jeden einzelnen Brandherd einsetzen kann. Bisher ist das noch nicht einmal nötig gewesen. Die Reichswehr ist überhaupt noch nicht in Aktion getreten. Daraus sollten die Kommunisten allein schon lehen, wie schwach ihre Position schon ist. Der bewaffnete Aufstand, der nicht überall gleichzeitig, sondern bald hier, bald dort auflammt, hat so geringe militärische Kraft, daß ihm jeder Erfolg versagt bleiben muß.

Dies scheinen die Kommunisten nach einer Woche erfolgloser Kämpfe, die nur unnützes Blut gekostet haben, endlich einzusehen und deswegen suchen sie die Kampfparole in die Generalstreikparole umzubiegen. Aber das kommt nun zu spät. Nachdem man fast eine Woche lang den Ruf zu den Waffen hat ergehen lassen, kann man wirklich der Welt nicht mehr weis machen, es handele sich nur um das unblutige Mittel des Streiks. Seit dem 18. März ist die „Rote Fahne" nicht müde geworden zu betonen, daß die Arbeiter „mit der Waffe in der Hand" kämpfen müßten. Und sie hat dabei immer wieder betont, daß wirkliche Waffen gemeint seien. Jetzt erst, nachdem der blutige Aufstand mißlungen ist, wird die Parole gewechselt, die Feuerwaffe verdammt und die Streikwaffe empfohlen. Mit diesem Parolewechsel gestehen die Kommunisten nur ihren Bankrott ein. Die Arbeiterschaft kann aber wirklich zu einer Führung kein Vertrauen haben, die acht Tage lang zum Kampf mit den Waffen aufruft, dann aber den Arbeitern empfiehlt, jeden von sich abzustoßen, der sie vor die Gewehrläufe locken will.

Wenn die kommunistische Arbeiterschaft diese neue kommunistische Parole ernsthaft befolgt, dann muß sie zuerst ihre eigene Leitung abfegen, denn diese hat sie vor die Gewehrläufe gelockt. Nur um ihren Bankrott zu verschleiern, ruft sie jetzt noch zum Generalstreik auf. Vor den Arbeitern aber steht die Frage, ob sie Opfer auf Opfer türmen wollen, nur um eine verrückte, größenwahnsinnige Leitung zu retten, die doch nicht mehr zu retten ist.

„König Kohle."

Unser neuer Roman.

Am 1. April beginnen wir mit dem Erstabdruck des spannenden Romans aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung: „König Kohle" aus der Feder des bekannten amerikanischen sozialistischen Dichters Upton Sinclair. Einige Jahre vor dem Kriege haben wir den in aller Welt Aufsehen erregenden Roman „Der Sumpf" veröffentlicht, der die standalösen Zustände in den großen Fleisch- und Fischkonservenfabriken in Chicago rücksichtslos an den Pranger stellte. Man weiß, daß dieser Roman als praktischen Erfolg schärfere Kontrollgesetze gegen diese Fabriken zeitigte. Auch der Roman „König Kohle" kämpft mit aller Rücksichtslosigkeit gegen das kapitalistische Raubertum der amerikanischen „Schlotbarone", die selbst vor Verbrechen nicht zurückschrecken, um das Aufkeimen jeglicher gewerkschaftlichen Bewegung zu unterdrücken, politische Wahlen zu fälschen usw. Das alles ist nicht der Phantasie des Dichters entsprungen. Zu einem Nachwort bringt er genaues Material über Prozesse, Tatsachen, die zeigen, daß trotz der dichterischen Form „König Kohle" dem Leben abgelauscht ist. Wir wissen, daß die Arbeiterbewegung in Amerika infolge der Gemischtsprachigkeit (Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier, Russen, Rumänen, Griechen usw.) mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

In dem Roman läßt der Dichter den Sohn eines Kohlenmillionärs, der Nationalökonomie an einer amerikanischen Universität studiert, aus einer plötzlichen Laune heraus in die Bergwerksdistrikte gehen. Er will das Leben der Bergarbeiter als Bergarbeiter studieren. Was er da alles an Unterdrückung, Knechtung der Proletarier mit erleben muß, läßt ihn mehr und mehr das Elend der Massen mitempfinden. Er sieht besonders bei einem schweren Grubenunglück, das Sinclair mit vollendeter Meisterschaft in allen grausigen Einzelheiten schildert, wie das Kapital, um möglichst hohen Profit herauszuschlagen, die gesetzlich vorgeschriebenen Vorkehrungen zur Sicherung des Menschenlebens außer acht läßt. Der Millionärssohn fühlt sich so eins mit den Massen, daß er ihr Anführer in der Streikbewegung wird.

Wohl selten ist eine solche wuchtige Anklage gegen die Ausbeutungspolitik des Kapitals geschrieben worden, die doppelt überzeugt, da es ja einer aus den Kreisen der Ausbeuter selbst ist, der zum Ankläger gegen die kapitalistische Klasse wird, weil er ein mitfühlend Herz mit in die Sklavengruben der Rocky Mountains, dem amerikanischen Grubengebirge, bringt.

„König Kohle" ist ein mächtiges Werk der Weltliteratur. Es liest sich fast wie ein spannender Kriminalroman, in dem das Grubenkapital als Verbrecher vor dem Tribunal der Menschheit steht. Der Eindruck des Romans ist so überwältigend und erschütternd, daß wir ihn, solange wir leben, nicht vergessen werden. Schärfer, als es Hunderte von Leitartikeln und Broschüren vermögen, geißelt er die skrupellose Profitpolitik, indem er dichterisch die Verhältnisse so schildert, wie sie in der Wirklichkeit sind. Aber der Roman erhebt uns zugleich und stärkt uns im Willen, unsere Kraft mehr denn je in den Dienst der proletarischen Klasse zu stellen, um zu unserem bescheidenen Teil, jeder an seinem Platze, an der Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse mitzuwirken.

Das ist neben dem literarischen Genuß die hohe Ethik des Romans „König Kohle".

Neue Leser der „Volksstimme",

die das Abonnement bis zum 15. April anmelden, erhalten den Roman gratis nachgeliefert.

Die Scharfmacherhetze geht weiter.

Kaum ist der kommunistische Wahnsinn geschwunden, so kommt von der anderen Seite immer unverhüllter und frecher der antisemitische Wahnsinn ans Tageslicht. Nicht allein, daß die bürgerliche Reichsregierung die noch im Amte befindenden sozialdemokratischen Minister in Preußen schaf zu machen versucht, so hetzt die rechtsstehende Presse, in Halle vor allem das Deutsch-volksparteiliche Organ immer unverschämter. Die Ordnungsbestie will sich austoben. Nicht nur an die irregeführten kommunistischen Arbeiter, denn die Räuber- und Banditenhorden, die hier in der Umgegend tobten, haben dem ehrlichen Namen Arbeiter in Verruf gebracht, sondern an die Arbeiter überhaupt. Ein Stein, ein jemmender Klotz auf diesem Wege ist der sozialdemokratische Oberpräsident. Er soll als erster Erfolg der Reaktion aus Anlaß des Kommunistenputsches gestürzt werden. Man hat die Ueberzeugung im reaktionären Lager, daß er nur soweit, wie es zur Erhaltung des Wirtschaftslebens notwendig ist, soweit sich eigene Schuld der am Putsch Beteiligten herausstellt, gegen sie vorgehen wird, daß er aber da Halt machen wird, wo seine Maßnahmen zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung wirken könnten. Die Schwerindustriellen wollen aber gerade die ganze Arbeiterbewegung treffen, nicht nur die Kommunisten. Wie das gemacht wird, verratet die „Hallische Allgemeine Zeitung". Sie wendet sich gegen die von Hörsing in Aussicht gestellte Straflosigkeit der Aufständischen, wenn sie die Waffen niederlegen und abliefern: Sie schreibt dazu:

Bei den Minensuchern der Nordsee.

Von Josef Kliche.

Zu den mancherlei Dingen, die der Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt, gehört auch die Räumung der Meere von den während des Krieges ausgelegten Minen. Eine langwierige, kostspielige, aber dringend notwendige Arbeit, deren Erledigung im Interesse der friedlichen Schiffahrt und der Fischerei unerläßlich ist.

Nun ist zwar der weitaus größte Teil der Minenfelder in der Nordsee von den Engländern angelegt worden, indes hat man ohne viel Federlesens das Aufsuchen und Unschädlichmachen dieser gefährlichen Eisenbälle dem deutschen Mädchen für alles zugeteilt. Seit etwa zwei Jahren durchkreuzen daher mehrere Dutzend Minensuchboote die Nordsee und die Gewässer am Skagerrak. Und diese Tätigkeit der gegenwärtigen Reichsmarine ist eigentlich die einzige, die deren Bestand rechtfertigt.

In der Vorstellung des Binnenländers lebt die Tätigkeit des Minensuchers als eine mit starken Gefahren verbundene Arbeit. Ja, besonders in der ersten Zeit, ein gelindes Grauen vor dem Bergen dieser raffiniert gearbeiteten Zerstörungskörper. Vorweg sei bestätigt bemerkt, daß bisher nicht ein einziges deutsches Minensuchboot einer Katastrophe zum Opfer gefallen ist. Dagegen sind allerdings bereits eine ganze Reihe Fischerfahrzeuge durch Minenexplosionen ganz oder teilweise vernichtet worden. Daß bei solchen Schiffsunglücken in der Regel auch Menschenverluste zu beklagen waren, bedarf wohl keiner weiteren Betonung.

Die Gründe für diesen Unterschied sind einfach. Die Minensuch-Flottillen, wie die einzelnen Boote, fahren mit allen Vorsichtsmaßregeln in die Minenfelder hinein. Finden sie einen Mine, so wird sie kunstgerecht aufgefischt und „entschärft". Dieses Entschärfen oder Unschädlichmachen geht auf die Weise vor sich, daß die gefischte Mine entweder durch eine an sie befestigte Sprengpatrone oder durch einen Schuß aus einem 3,7-Zentimeter-Geschütz zur Explosion gebracht wird. Da das moderne Minensuchboot alle Vorsichtsmaßregeln anwendet und über zufunktionierende Suchwerkzeuge verfügt, so ist es selbst jener Heimtücke gewachsen, die darin liegt, daß die Minen durchschnittlich zwei bis drei, die gegen U-Boote ausgelegten gar fünfzehn bis zwanzig Meter unter dem Wasserspiegel verankert sind!

Das Fischerfahrzeug verfügt über jene Möglichkeiten nicht und ist deshalb innerhalb der Gefahrzone sehr stark gefährdet. Deshalb hat es eigentlich in der Gefahrzone nichts zu suchen. Jeder Fischer weiß nämlich sehr genau, welches Gebiet für seine Fangtätigkeit als minenfrei gilt und welches noch von dieser heimtückischen Kriegswaffe verseucht ist. Wenn er trotzdem sich in die drohende Gefahr begibt und das Risiko unternimmt, dann eben aus dem Grunde, weil in jenen Meeresbezirken, denen fünf oder sechs Jahre die Minensperre in Kraft gen, ebensolange Zeit kein Schiff die Fischerei störte, kein Fischer den Reichtum der See durch Fang beeinträchtigte. Der Kampf ums tägliche Brot, die Wahrscheinlichkeit eines reichen Fanges locken und lassen die schwere Gefahr in den Hintergrund treten: und so begegnen unsere Minensucher zuweilen in Gegenden, in denen sie selbst mit der größten Vorsicht arbeiten, einem Fischdampfer, der anscheinend ganz harmlos dem friedlichen Fange obliegt. Ja, ein Offizier wußte mir zu erzählen, daß Berichte von Fischermatrosen ergeben hätten, daß ihr Kapitän sie nie einen Blick in die Schiffskarte tun ließe, eben, um ihnen nicht zu verraten, daß sie ihre Netze in der noch nicht frei gegebenen Gefahrzone auswerfen.

Daß in Anbetracht der Gefahren auch Fischertragödien keine gerade alltägliche Sache sind, wird man verstehen, wenn man erfährt, daß die kriegszeitlich kunstgerecht angelegten Minenfelder heute sehr dünn geworden sind. In Bezirken, in denen nach Angabe der Minenkarten gegen vierhundert Minen liegen müßten, wird heute oftmals nur der zwanzigste Teil dieser Ziffer festgestellt. Die übrigen haben sich losgerissen, sind versunken oder wandern als Treibminen in der See umher.

Gerät dem Fischer eine Mine ins Netz, was häufig vorkommt, so ist es das Beste, wenn er seine Arbeit aufgibt und den gefährlichen Inhalt des Netzes in den nächsten Hafen schleppt. Indes scheut er zumeist einen solchen Zeitverlust, die Matrosen suchen das geschätzliche Ding aus dem Netz zu kippen. Glückt es, so ist es gut, glückt es nicht, das heißt, wird bei dem Versuch der Zünder der Mine mit der Schiffswand in eine derbe Berührung gebracht, dann gibt es eine Tragödie, über die einige Tage später die Zeitungen zu berichten wissen. Uebrigens ist die Treibminengefahr, von der man in den Zeitungen soviel liest, gar nicht so groß. Die in der See umherkreuzende, von ihrer Verankerung losgelöste Mine ist theoretisch überhaupt ungefährlich. Vorläufiger, die hier das Gegenteil des wortwörtlichen Sinnes ausdrücken, bleiben allerdings nicht aus.

Als die deutsche Regierung den Versailler Vertrag in die Hand gedrückt bekam, erfuhr sie daraus, daß wir nicht weniger als rund 16 000 Quadratkilometer Meeresfläche von Minen zu räumen hätten. Die Engländer überreichten ein kartographisches Tabellenwerk, auf dem 236 Minensperren mit insgesamt — 47 000 Minen verzeichnet waren. Hierzu kamen noch gegen 10 000 deutsche Minen, die ebenso wie die englischen innerhalb der Sperren vierzig- bis fünfundvierzig Meter auseinanderlagen. Das Minengebiet befindet sich hauptsächlich in der Nordsee und zu einem kleinen Teil im Kattegatt. Aus den genannten Ziffern ist zu ersehen, wie stark die Engländer die deutsche Bucht durch Minen besperrt hatten und welche Gefahren unseren Schiffen schon in den nächsten Gewässern drohten.

Von der genannten Wasserfläche sind heute erst knapp zwei Drittel geräumt. In den ersten anderthalb Jahren wurde die Arbeit durch zehntausend Minensucher, die die Regierung aus ehemaligen Marineangehörigen für diese Arbeit geworben hatte, ausgeführt. Diese freiwillige Minensuchabteilung mußte im September vorigen Jahres aufgelöst und entlassen werden. Ein Ententebefehl verfügte es so. Die Räumtätigkeit wurde von diesem Zeitpunkt an der neugebildeten Reichsmarine übertragen. Waren früher regelmäßig gegen 70 Boote auf Räumungsarbeit unterwegs, so suchen heute knapp 40. Und da sich der Kohlenmangel immer stärker bemerkbar macht, so sind auch von diesen oftmals noch etliche zu Feierschichten gezwungen. Die Tätigkeit des Minensuchens wird also noch recht lange Zeit und Geld verschlingen.

Geschichtlich sind die seinerzeitigen freiwilligen Minensucher nicht ohne Ruhm geblieben. Die in den vorjährigen Kapp-Tagen in Wilhelmshaven liegenden Minenverbände waren nämlich die ersten Marinemannschaften, die im gegebenen Augenblick ihre verdächtigen Offiziere in Haft nahmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0002

„Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, hatte sich die Reichsregierung am Sonnabend mit dem Aufstande in Mitteldeutschland und auch mit dem inzwischen — trotz seiner völligen Erfolglosigkeit — „beruhigt" gewordenen Erlaß des Herrn Hörsing befaßt. Das Ergebnis der Beratung war der Entschluß, mit aller Entschiedenheit gegen die Kommunisten durchzugreifen. Allem Anschein nach hat die Stellungnahme der Reichsregierung einen sehr heilsamen Einfluß auf die preußische Regierung ausgeübt, denn diese läßt nunmehr erklären, daß das Versprechen des Oberpräsidenten keine Gültigkeit habe. Damit das Hörsing, obwohl auf preußischen Ministersesseln noch immer seine dicken Freunde Braun und Severing sitzen, von amtswegen eine moralische Ohrfeige erhalten, die einen Beamten des alten Regimenis unbedingt veranlaßt hätte, seine Koffer zu packen und sich in den „wohlverdienten" Ruhestand zurückzuziehen. Das unter Herr Oberpräsident dieselbe Folgerung ziehen sollte, ist natürlich ausgeschlossen; wir glauben nicht einmal, daß man von Berlin aus mit der nötigen Deutlichkeit nach Magdeburg winken wird, um ihn zum Abtreten von den Zelte seiner Untätigkeit zu veranlassen. In Preußen ist heute eben alles möglich, selbst das recht starke Stück, daß ein Oberpräsident aus eigener Machtvollkommenheit durch einen Erlaß Straflosigkeit zusichert, also sich ein Recht anmaßt, das nicht einmal der Reichspräsident besitzt."

Wir nehmen die verbrecherischen, führenden Elemente des kommunistischen Putschs nicht in Schutz. Gerechte Strafe muß sie treffen. Zu gleicher Zeit müssen aber auch an ihrer Seite erscheinen und bestraft werden die Führer des Märzputsches von 1920, die Kapp, die Ehrhardt, Lüttwitz usw. Wo bleiben die? Die preußische Regierung mag dafür sorgen, daß die Sondergerichte die zusammentreten werden, diese Aufgabe auch mit erfüllen.

Wenn wir also in Hinsicht auf die kommunistischen Führer nicht für Milde plädieren können, wir wiederholen nochmal: die gerechte Strafe muß sie treffen — so müssen wir aber für mildernde Umstände für die irregeleiteten, terrorisierten Arbeiter eintreten. So sehr sie unter dem moralischen Zwang kommunistischer Phrasen standen, ebenso sehr standen sie unter dem Eindruck einer 4½jährigen Kriegserziehung durch alldeutsche militärische Vorgesetzte, die aus dem Lager der rechtsstehenden Parteien stammen und die den größten Teil von den, doch nur Reflexhandlungen der aufständischen „Arbeiter" auf dem Gewissen haben.

Dem Genossen Hörsing steht jetzt aber eine andere Aufgabe bevor. Er muß nach Beendigung dieser eingeleiteten Sicherheitsaktion das Material bekannt geben, das ihn zu diesen Schritten zwang. Das kann er sich jetzt sparen, vor der gesamten Arbeiterschaft sind seine Maßnahmen durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Was er aber jetzt zu tun hat, das ist, den reaktionären Herren in die Suppe zu spucken. Für ihn wird es bald heißen: Frontwechsel. Möge er nun den Angriff von Rechts ebenso begegnen wie dem von links. Unserer Unterstützung soll er gewiß sein.

Lotz in Mannheim.

Mannheim, 29 März. Heute nachmittag sollte auf dem Marktplatze eine kommunistische Demonstration stattfinden. Aber nur 150 bis 200 Personen hatten sich um ½3 Uhr eingefunden. Die Regierung hatte Ansammlungen und Umzüge verboten und den Platz besetzt. Trotzdem setzte sich der Zug in Bewegung nach dem Hochs auf Sowjetrußland ausgebracht waren. Durch Zuzug war die Teilnehmerzahl auf 600 bis 800 Personen angewachsen. Bei der Straße P 4 in der Nähe des neuen Rathauses soll aus Häusern auf Schutzleute geschossen worden sein. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch und drei Tote und fünf Schwerverletzte blieben auf dem Platze. Anrückende Schutzpolizei mit einem Panzerauto fand keine Gelegenheit zum Eingreifen, da die Demonstranten auseinanderstoben. Jetzt ist hier alles ruhig.

Die Erwerbslosigkeit im Februar.

Am 1. 3. 21 stellte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 431000, darunter 348 000 männliche und 80 000 weibliche, die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige) auf 48000. Die mit Ende des Winters von vielen erhoffte Besserung der Erwerbslosigkeit ist damit leider ausgeblieben, denn die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist annähernd wie zu Anfang Februar (433 000). Andererseits aber hat es durch den Aufbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die gegen 200 000 Erwerbslosen Beschäftigung verschafft hat, gelungen, einigtens ein Anschwellen der unterstützten Erwerbslosen zu verhüten, trotzdem die wirtschaftliche Krise die Lage des Arbeitsmarktes außerordentlich erschwert. Allerdings bleibt bei all diesen Zahlen zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen nur einen Ausschnitt aus dem Kreise der arbeitslosen Bevölkerung darstellen und daß nach wie vor ein ganz erheblicher Bevölkerungsteil das gewohnte Arbeitseinkommen entweder ganz oder zum Teil entbehrt.

Zu Neuordnung des Arbeitsrechts.

Der Ausschuß für die Neuordnung des Arbeitsrechts hat in der Woche vom 7. bis 12. März 1921 im Reichsarbeitsministerium getagt. An den beiden ersten Tagen haben sich zwei seiner Unterausschüsse mit den Fragen des Angestelltenrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts beschäftigt. Es lagen mehrere Entwürfe vor. Die Besprechung ergab, daß fast alle wichtigen Fragen des Angestelltenrechts zugleich solche des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts sind und einer Sonderregelung in geringerem Maße bedürfen, als vielfach vorausgesetzt war. Es soll daher zunächst unter Benutzung der bereits vorhandenen Vorentwürfe der Entwurf eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet werden, dessen Bearbeitung Dr. Heinz Potthoff übernommen hat. Die Arbeit soll so gefördert werden, daß bereits im Herbst die endgültige Beschlußfassung des Arbeitsrechtsausschusses erfolgen kann.

An drei Tagen hat sodann der Gesamtausschuß über den von Professor Sinzheimer aufgestellten Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes beraten. Damit ist einer der wichtigsten Abschnitte des neuen Arbeitsrechts nunmehr im Ausschuß im wesentlichen fertiggestellt. Allerdings mußte die Ausgestaltung der zuständigen Tarifbehörden noch offengelassen werden, weil die Absichten des Arbeitsrechtsausschusses entspricht, die einheitliche Arbeitsbehörden geschaffen werden. Der Entwurf des Tarifvertragsgesetzes wird nach seiner endgültigen Redigierung voraussichtlich der Oeffentlichkeit übergeben werden. Der Gesamtausschuß hat sich ferner mit den Plänen seiner weiteren Arbeiten beschäftigt. Es wurde die Einsetzung von Unterausschüssen für das Berufsvereinsrecht, das Betriebsarbeitsrecht und das Landarbeitsrecht beschlossen. Schließlich haben sich die Mitglieder des Arbeitsrechtsausschusses noch an einer Besprechung über den Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes beteiligt, der ebenfalls auf Grund der Vorarbeiten des Arbeitsrechtsausschusses aufgestellt worden ist.

Der Ueberfall Sowjetrußlands auf Georgien.

Offenes Schreiben an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Europas von Irakli Zereteli.

Während das georgische Volk verblutet im Kampfe für seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen den Ueberfall der russischen Sowjettruppen, bemühen sich die bolschewistischen Agenten Europa einzureden, daß die blutigen Ereignisse in Georgien ein lokaler Aufstand sind oder ein Zwist zwischen den kaukasischen Völkern, und daß die Moskauer Regierung an diesen Ereignissen völlig unbeteiligt sei.

Die sozialistischen Parteien haben sich Rechenschaft abzulegen über folgende zwei Fragen:

1. Führt Sowjetrußland einen Krieg gegen Georgien — oder nicht?
2. Falls Sowjetrußland einen Krieg gegen Georgien führt — weshalb gibt es sich Mühe, ihn abzuleugnen?

Die klarste Antwort ergibt sich aus den Ereignissen. — Am 12. Februar überschritten unerwartet und ohne Veranlassung bolschewistische Truppen, die Armenien besetzt hielten, die südliche georgische Grenze (im Kreise Bortschalo) und überfielen Georgien. Die Bolschewisten bezeichnen diesen Vorgang als armenisch-georgischen Konflikt anläßlich gewisser georgisch-armenischer Grenzdifferenzen. Die georgische Regierung hatte aber schon zwei Monate vorher der armenischen Sowjetregierung vorgeschlagen, diese Grenzstreitigkeiten auf dem Wege einer friedlichen Verständigung beizulegen. Diesen Vorschlag hatte die armenische Sowjetregierung akzeptiert, und die georgische Regierung erwartete von Tag zu Tag in Tiflis die Ankunft der Delegierten Sowjetarmeniens; der Ueberfall von Armenien aus — den die Bolschewisten als armenischen Ueberfall bezeichnen — kam für Georgien völlig unerwartet.

Welche Truppen beteiligten sich an diesem Ueberfall? — Wie bekannt, verfügen Armenien und Aserbeidschan jetzt über keine eignen Armeen. Nach der Einnahme von Baku und Eriwan hat die bolschewistische Heeresleitung auf Befehl aus Moskau innerhalb 15 Tagen die nationalen Truppen von Aserbeidschan und Armenien aufgelöst und sie durch russische Truppen unter dem Kommando russischer aus Sowjetrußland abkommandierter Offiziere ersetzt. Deutlich machte beim Beginn des Feldzuges die Moskauer Regierung die Miene, als ob sie an diesem Kriege unbeteiligt sei, und Tschitscherin schlug offiziell die Vermittlung der Moskauer Regierung zur Beilegung des „armenisch-georgischen" Konfliktes vor. Obwohl dieser Vorschlag mit der Haltung der russischen Sowjetregierung Georgien gegenüber in keiner Weise in Einklang gebracht werden konnte, wurde er von der georgischen Regierung angenommen, die die letzte Chance, den Frieden herzustellen, nicht außer acht lassen wollte. Die gegenteilige Behauptung der russischen Sowjetregierung — Georgien hätte Tschitscherins Vorschlag abgelehnt — ist unwahr. Sie verbreitet diese Lüge, um die Fortsetzung ihrer Kriegsoperationen zu rechtfertigen, die nach den Moskauer Plänen dahin zielen, die georgische Republik vollständig zu vernichten.

Der Ueberfall der russischen bolschewistischen Truppen, die Moskau als armenische bezeichnet, hatte anfänglich Erfolg, und der Feind hatte sich Tiflis, der Hauptstadt Georgiens, genähert. Durch einen Gegenangriff der georgischen Armee wurde er zurückgeworfen. Aber gerade zur selben Zeit fielen in Georgien andere bolschewistische Truppen ein, ebenfalls russische, die diesmal als Aserbeidschaner auftraten. Aber auch diesen Ueberfall haben die georgischen Truppen zurückgewiesen. Alsdann beschloß Moskau ganz offen aufzutreten.

Die russischen bolschewistischen Armeen, die bei Sotschi, an der nordwestlichen russisch-georgischen Grenze standen, wurden längs der Küste des Schwarzen Meeres auf Georgien geworfen. In diesem Gebiete gibt es weder Armenier noch Aserbeidschaner; hier grenzt Georgien an Rußland, und die russischen Armeen, die dort standen, konnten nur auf Befehl aus Moskau auf Georgien in Bewegung gebracht werden. Einige Tage später, am 23. Februar, überschritten die Armeen der türkischen Nationalisten die südwestliche Grenze Georgiens und besetzten den Kreis Ardehan im Distrikt Kars, und den Kreis Artwin im Batumschen Distrikt. Rußland begann auf diese Weise einen offenen Krieg gegen Georgien zu führen, und dazu noch im Bunde mit der Regierung von Angora.

Die Absichten dieser Regierung sind klar. Die türkischen Nationalisten wollen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 wieder herstellen. Nach diesem Vertrage hatte die russische Sowjetregierung der Türkei Kars, Ardahan und Batum überlassen, drei wichtige Festungen, die Georgien und Armenien vor türkischen Ueberfällen schützten.

Von Nordwesten, Norden, Osten und Süden wurde nunmehr Georgien angegriffen. Ungeachtet ihres heldenhaften Widerstandes und ihrer riesigen Opfer mußten die georgischen Truppen der gewaltigen Uebermacht des Feindes weichen. Er verfügte zudem über unerschöpfliches Kriegsmaterial, während die georgische Armee daran großen Mangel litt. Jetzt ist Tiflis von den russischen Bolschewisten besetzt. Ströme von Blut sind geflossen und werden weiter fließen, die Verantwortung trägt ausschließlich die Moskauer Regierung.

Weshalb versucht sie nun, anstatt des Versuchs, die Richtigkeit ihrer Politik gegenüber Georgien zu verteidigen, die Tatsache ihrer Beteiligung an diesem Kriege abzuleugnen? Weshalb will sie nun die Einnahme von Tiflis durch Truppen, die von ihr nicht auf Georgien geworfen wurden, nicht feiern, sondern behauptet sie, daß sie mit diesen Truppen nichts zu schaffen habe? Weil es Verbrechen gibt, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Dem Verbrecher bleibt dann kein anderes Verteidigungsmittel übrig, als die Tatsachen abzuleugnen.

Vom 7. Mai 1920 an, dem Tage, an welchem Sowjetrußland den Friedensvertrag mit Georgien unterzeichnete, suchte die Moskauer Regierung ständig einen Vorwand, diesen Vertrag zu zerreißen und das georgische Volk ihrer despotischen Gewalt zu unterwerfen. Und überaus sorgfältig bereitete sie den Feldzug gegen Georgien vor. Die Moskauer Regierung entsandte nach Georgien eine diplomatische Mission, deren wirkliche Aufgabe darin bestand, Bedingungen herbeizuführen, die für Sowjetrußland bei seinem Ueberfall auf Georgien günstig wären. Dieser Mission gehörten 400 Mitglieder an, die sich in Georgien mit einer regierungsfeindlichen Propaganda befaßten, mit Spionage, Anzettelung von Verschwörungen und künstlicher Herbeiführung von allerhand Mißverständnissen zwischen Georgien und Rußland. Die Politik der Agenten der Moskauer Regierung in bezug auf Georgien in Armenien, Aserbeidschan und im nördlichen Kaukasus, war nicht minder herausfordernd. Rings um Georgien hatten sie eine Art Blockade durchgeführt. Sie entzogen ihm die Naphtazufuhr, bemächtigten sich georgischer Eisenbahnzüge, Lokomotiven und Naphtazisternen, die nach Baku abgesandt worden waren, nahmen zwangsweise in die Rote Armee georgische Staatsangehörige ein, die sie außerhalb Georgiens ergriffen.

Die Politik Georgiens gab auch angesichts dieser endlosen Provokationen den Bolschewisten nicht den geringsten Vorwand, der einen offenen Ueberfall auf Georgien einigermaßen rechtfertigen könnte. Und deshalb wagt eben die Moskauer Regierung nicht, diesen Krieg offen zu führen! Sie, die auf die Rolle eines Verkünders des Sozialismus Anspruch erhebt, hat einen rein imperialistischen Raubkrieg gegen Georgien begonnen und beschlossen, ihn fortzuführen bis zur völligen Vernichtung des freien unabhängigen Georgiens.

Die Arbeitermassen Europas und ihre Organisationen müssen Protest erheben gegen dieses Verbrechen der Moskauer Imperialisten, die unter der Flagge des Kommunismus auftreten. Viele sozialistische Parteien haben bereits ihren Protest erklärt und ihre Sympathien dem georgischen Volke geäußert. Entschließungen in diesem Sinne wurden gefaßt von der Englischen Arbeiterpartei, der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Mehrheitspartei), den sozialistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Schwedens, Dänemarks, Rußlands (Menschewistische Partei), der Tschechoslowakei, Lettwija, Polen, vom sozialistischen Verband Italiens, den ukrainischen Sozialisten u. a.

Wenn sozialistische Kreise diesem Verbrechen gleichgültig zusehen, so läßt sich dies nur durch zwei Gründe erklären: Entweder sie kennen die Wahrheit nicht über diese Ereignisse, oder sie befürchten, man würde ihren Protest gegen die Politik der Moskauer Regierung als Einmischung des Auslandes in russische Angelegenheiten auffassen. Aber wenn ein großes Reich ein kleines Nachbarland überfällt und es völlig zu vernichten trachtet, dann handelt es sich nicht um innere Angelegenheiten dieser beiden Staaten. Dann haben wir es zu tun mit der Verletzung der elementarsten Rechte eines Volkes, und dieser Art des Imperialismus muß vom Proletariat der ganzen Welt gebrandmarkt werden. Die georgischen Arbeiter und Bauern, die einen Verteidigungskampf gegen die eingedrungenen Moskauer Truppen führen, die, indem sie um ihre eigene Freiheit ringen, auch für den Sozialismus kämpfen, fordern moralische Unterstützung der Sozialisten der ganzen Welt.

Diese Unterstützung muß ihnen zuteil werden.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen Georgiens

Irakli Zereteli.

Die Arbeiterinternationale und die Reparationsleistung Deutschlands.

Amsterdam, 31. März. Heute beginnen in Amsterdam drei internationale Arbeiterkonferenzen, nämlich der internationale Gewerkschaftskongreß und die Tagung einerseits der zweiten Internationale und andererseits der sogenannten Wiener Arbeitsgemeinschaft. Alle drei Konferenzen haben sich als gleiches Thema die Erörterung der deutschen Reparationsleistung gestellt.

Amsterdam, 31. März. Zu der heute vormittag beginnenden Konferenz der zweiten Internationale sind folgende Sozialisten eingetroffen: aus England Wells, Henderson, Macdonald und Shaw; aus Belgien de Brouckere und Hymans; aus Holland Troelstra.

Kohlenerpressung und -Verschleuderung.

In einer deutschen Note an die Reparationskommission in Paris und die belgische Regierung wird darauf hingewiesen, daß die von uns unter Zwang abgelieferte Kohle massenhaft weiterverkauft, ja tief unter dem Preis verschleudert wird. Es handelt sich, soweit die vorwerteten Nachrichten der Regierung lauten, um mindestens 70 000 Tonnen. Davon haben belgische offizielle Stellen den größten Teil nach Holland verkauft und ab Antwerpen geliefert oder frei Schiff Rotterdam, Duisburg oder Mannheim angeboten. Anfang März lagen in Rotterdam 50 000 Tonnen deutscher Reparationskohle unentladen in den Kähnen.

Die Note betont, daß die deutschen Leistungen nach dem Friedensvertrag der Wirtschaft der betreffenden Länder zugute kommen, ihnen Ersatz für Förderausfall infolge kriegerischer Zerstörung von Gruben geben, aber nicht ihnen Handelsgeschäfte damit ermöglichen sollen. Deutschland protestiert um so mehr, als es die ihm auferlegten Verpflichtungen nicht voll zu erfüllen vermag und die Anforderungen der Entente an die Güte der Kohle immer schärfer werden.

Ein früherer Protest gleichen Inhalts ist unbeantwortet geblieben.

Eine neue Denkschrift der deutschen Regierung.

Bern, 30. März. Gestern ist in Genf dem Generalsekretär des Völkerbundes eine neue Denkschrift der deutschen Regierung über die Ausdehnung der Besetzung im Westen zugestellt worden. Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

Die Truppen der alliierten Mächte sind nach der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf weiter vorgerückt und haben auch die Orte Wallung, Ratingen, Velbeck und Marzloh, sowie die Bahnhöfe Mülheim-Speldorf und Oberhausen-West besetzt. Nach den vorliegenden Meldungen über die Truppenbewegung scheint noch eine weitere Ausdehnung der Besetzung beabsichtigt zu sein. Die deutsche Regierung erhebt Protest gegen diese Fortsetzung der Verletzung von Recht und Vertrag. Sie verlangt, daß das bereits von ihr beantragte Schlichtungsverfahren gemäß Artikeln 12—17 der Völkerbundsatze auf die neuen Maßnahmen der Alliierten ausgedehnt wird.

Der österreichische Staatsanwalt nimmt die Republik in Schutz.

Wien, 29. März. Die Staatsanwaltschaft hat die Osternummer der Staatswehr wegen eines Gedichts „Schwarzgelbe heraus" und eines Artikels „Oesterreichs Golgatha", in der nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Republik beleidigt und zur Selbsthilfe aufgefordert wird, beschlagnahmt und gegen den Herausgeber Strafverfahren wegen Hochverrats und Störung der öffentlichen Ruhe eingeleitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0003

Berlin: 3 Uhr.

Während der verkürzten Spielzeit keine Preise aufgehoben.

Leipzigerstrasse 88.
Fernruf 1224.

Ab morgen Freitag, den 1. April

Joe Deebs, der Meisterdetektiv in seinem neuen Erlebnis

„Das Geheimnis der Mumie"

4 Akte mit Magnus Stifter, Victor Janson, Aud Egede Nissen, Ferd. von Alten. 4

Prachtvoll aufgenommene Verfolgungsszenen auf Motorrädern, Automobilen, Pferden usw. machen diesen Film fesselnd bis zum letzten Bild.

Vorführung: 3.00 4.40 6.50.

Der Mustergatte Entzückendes Lustspiel in 3 Akten mit Lisl Kehm, Rich. Alexander. — Vorführung 4.00, 6.10, 8.20.

Von Schreibtisch und Werkstatt.

U.T — In beiden Theatern letzte Vorstellung 6.10 Uhr. — U.T

Alte Promenade 11a.
Fernruf 3758

Ab morgen Freitag, den 1. April 1921:

Maria Widal

in dem Abenteurerdrama aus den südafrikanischen Gefilden (5 Akte)

„Die gefährliche Abenteurerin".

Vorführung: 3.00 4.40 6.30.

Leo Peukert in dem tollen Lustspiel (2 Akte) „Endlich ungestört".

Von Bähl durchs Böhler Tal,
Naturaufnahme.

Berlin: 3 Uhr.

Während der verkürzten Spielzeit kleine Preise aufgehoben.

Walhalla
Lichtspiel-Theater

Ab Freitag, den 1. April 1921:

Rheinzauber!

Film-Singspiel in 4 Akten.

In den Hauptrollen:
Melitta Kleber, Bernhard Bötel, Carmen Ila.

Persönlich Mitwirkende:
Kammersänger Peter Lorch
Opernsängerin Margarete Jordan
Kapellmeister Janotta.

Gesänge von:
Schumann Schubert - Pressler
Waldmann und alte Volkslieder

Glänzende Erfolge! ═══ Rauschender Beifall!

Vorzügliche Kritiken von allerwärts!

Ferner:

Abend-Nacht-Morg

Detektiv-Drama in 5 Akten.

In den Hauptrollen: Conrad Veidt, Gertrud

Die neueste Meßter-Wochens

Dampf-Waschanstalt Hallorfa
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 5692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Famil.-Koll.-u. Naßwäsche n. Gew. u. Stück

Sondertage in
Bettwäsche!

Um zu **räumen** bringe

Ein Posten weiße Bettbezüge
mit 2 Kissen.
160 148 135 125 100 85 Mk.

Ein Posten bunte Bezüge
mit 2 Kissen.
168 156 150 148 140 130 Mk.

Damast- und Stangenleinen-Bezüge
300 290 275 265 250 Mk.

Linon-Bezüge m. Paradekiss.
190 175 168 160 Mk.

Bettlaken 140/200
65 58 52 45 Mk.

Bettlaken 160/200
98 90 78 65 Mk.

Schlafdecken
56 52 48 38 30 Mk.

Neuheiten in Dirndl-Kleider
48 45 42 38 35 32 Mk.

Barmer Languette
42 Pfg. 35 Pfg. 32 Pfg.

Maschinen-Garn
200 Meter 2.50 1000 Meter 11 Mk.

Gelegenheits-Kaufhaus
Schmeerstr. 5, 1 Tr.

Rhabarber
im großen u. kleinen ab Reitstr. 103. Tel. 2163.

Handwerkerstiefel
für alle Berufe geeignet, in bester Friedensqualität grau Segeltuch mit geflochtener Hanfsohle.
Einzig verkauf pro Paar Mk. 12.75.
Lederpantoffel-Versandhaus, Halle a. S. Steinweg 24. Hof 1 Tr.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Entlaufen

Schäferhund
entlaufen. geg. Belohnung abzugeben Rau, Delitzschstraße 40.

Stadt-Theater

Freitag, den 1. April, vormittags 10½ Uhr Schülervorstellung bei volkstümlichen Preisen
Minna von Barnhelm
Lustspiel von Lessing.

Nachm. 5, Ed. 8½ Uhr:
Erstes Gastspiel
Gertrud Kappel
Tannhäuser
von Rich. Wagner
Elisabeth: Gertrud Kappel.

Sonnabend:
Zweites Gastspiel
Gertrud Kappel
Fidelio
von Beethoven
Leonore Gertrud Kappel

1687
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Fert. Haassengler,
Metallwarenfabrik Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1835.

CONTINENTAL
Regenmantel
ebensogut wie Continental-Reifen
zu haben bei
Julius Hammerschlag
Halle
36 Grosse Ulrichstrasse 36

Sozialdemokratische Flugschriften
Heft I.
Zur Demokratisierung der Verfassung und Verwaltung.
Von Ernst Ruben.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

Licht-Es-Spiele

Auf Wunsch! **Um 2 Tage verlängert!** Auf Verlange

Heute bis mit Sonnabend!

Eichbergs gewaltiger Abenteurer-Sensation-Film

Macht des Blutes - I. Teil - Der Tod in Vened

Hauptdarsteller:
Rob. Scholz, Lee Parry, Viol. Napierska, Felix Hec

Ab Sonntag den 3. April.

Der ersehnte **II. Teil** nach Endarten.

In der Schlinge des Inders.

Abenteuer, Gesellschaft, Sensation in 6 gew. Akten.

Ferner:

Das neue Mädchen, tolles Lustspiel in 2 Akten.

Während der eingeschränkten Spielzeit täglich Beginn: 3 4.45 6.45. Uhr Ende 8.30 Uhr.

Max Schultze
Moritzzwinger 3
verkauft

Fetten Speck stark und zart	Pfund	10.50
Speise-Rindertalg Marke „Goldmarie"	Pfund	10.00
Bratfett	Pfund	10.00
Margarine ganz frische Ware	Pfund	9.00
Schweinsfleisch u. Schnauzen	Pfund	9.60
Schweinekopf Fleisch, zerkleinert	Pfund	8.50
Rinderherzen	Pfund	5.40
Rindermastfleisch	Pfund	9.25

Das Fleisch ist gleich gepökelt.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Mietsgesuche

Möbliertes
Zimmer
von Parteigenossen zu mieten gesucht. Offerten unt. V. St. 49 an die Expedition dieser Zeitung.

Wichtig für Berufszwecke!!
Auffallend preiswerte
Lederpantoffeln
aus gutem Leder-Oberblatt, mit kräftig. Ledersohlen, Lederbrandsohle, beliegenaht, und durchgenäht bieten an
Lederpantoffel-Versandhaus Halle a. S. Steinweg 24. Hof 1 Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0004

Die Vernunft siegt.

Die Arbeiter nehmen überall die Arbeit wieder auf.

Hatte es gestern den Anschein, als ob es in Halle noch zu ernsten Komplikationen kommen sollte, so kann heute gesagt werden, daß diese Befürchtungen grundlos waren. Die rings um Halle vollständig zusammengebrochene Aufstandsbewegung mag ihre abkühlende Wirkung auch auf manche Heißsporne in der Stadt ausgeübt haben. Betrachtungen über den Streik wollen wir jetzt nicht anstellen; es wird ohnehin noch manches Wörtlein zu der wahnwitzigen Bewegung gesagt werden müssen. Wir wollen nur verzeichnen, daß heute in zahlreichen Großbetrieben wieder voll gearbeitet wird.

Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurde die Arbeit wieder voll und ganz im städt. Elektrizitäts- und Gaswerk aufgenommen. Die Straßenbahnen verkehren deshalb wieder regelmäßig auf allen Linien. Mit dieser Arbeitsaufnahme ist der ungeheure Druck, welcher auf der Stadt lagerte, gewichen.

Im Laufe des gestrigen Nachmittages haben viele Betriebsversammlungen stattgefunden in denen über den Streik abgestimmt wurde. So haben auch die Arbeiter der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei, Merseburger Straße, über die Arbeitsaufnahme abgestimmt. Von 352 abgegebenen Stimmen waren 279 für Streikabbruch. Daraufhin wurde beschlossen, heute morgen wieder an die Arbeit zu gehen. Abstimmungen in anderen Betrieben fielen ähnlich aus und bewiesen die Unlust der Arbeiter sich noch weiter an einem Unternehmen zu beteiligen, das vollkommen in die Irre führen muß und vor allen Dingen keine andere Bedeutung haben konnte, als den Verbrecherbanden Vorschub zu leisten.

Gestern in den Abendstunden wurde noch ein Aufruf an die Arbeiter und Angestellten Mitteldeutschlands verbreitet, der zur Aufnahme der Arbeit auffordert. Das Flugblatt wurde vom hallischen Kartellvorstand Hesse-Schlimme und vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa) herausgegeben und hat hoffentlich dazu beigetragen, daß noch in ihrem Entschluß zum Streikabbruch schwankende Arbeiter den richtigen Weg einschlugen.

Zu der ausgehobenen Attentäterzentrale

in der Reilstraße 84 kann noch mitgeteilt werden, daß dieses Kommunistennest sich „Brigadestab Halle" nannte und rege Beziehungen mit dem kommunistischen Aktionsausschuß in Dresden unterhielt. Wie bereits bekannt, wurde inzwischen das Dresdner Komitee ebenfalls verhaftet. Unter den Verhafteten der hallischen Zentrale befinden sich die beiden Stenotypistinnen Lotte Leidrich und Emmy Hoffmann, ebenso der Inhaber der Wohnung in der die Verschwörer hausten, namens Langheinrich und Frau.

Die beiden Kommunisten, welche bei der Aushebung des kommunistischen Hauptquartiers in der Reilstraße erschossen wurden, heißen Otto Schneidewind und Willy Mersdorf. Der erstere ist 27, der zweite 19 Jahre alt.

Die letzte Nacht

ist in Halle vollkommen ruhig verlaufen. Es sind keinerlei Zwischenfälle zu verzeichnen. Der Schutz der Stadt wurde nach wie vor von der Sipo übernommen und wurde erleichtert durch die vorhandenen Lichtquellen.

Hört, hört!

Unserem Hamburger Parteiblatt ging nachstehender Brief eines Arbeiters über den wahnwitzigen Putsch der Kommunisten zu. Da in Halle die Verhältnisse fast ebenso liegen, wie vergangene Woche in Hamburg, so halten wir diese Auslassungen für außerordentlich beachtenswert:

Wenn man die letzten Ereignisse, die aus Anlaß der verbrecherischen Aufrufe der „Hamburger Volkszeitung" (lese: „Klassenkampf") entstanden sind, betrachtet, so muß auch jeder denkende Kommunist aus der Werftarbeiterschaft sich die Frage vorlegen: Warum diese ganze Aktion? Wer Leser der „Volkszeitung" ist, wird doch wissen, daß diese vor einiger Zeit selber geschrieben hat, daß die Zeit der Putsche endgültig für diese Partei vorüber sei. Die Kommunisten haben dann versucht, in den Gewerkschaften ihre Ideen der Weltbeglückung hineinzutragen, um auf diesem Wege große Arbeitermassen zu ihrer Partei hinüberzuziehen. Es ist ihnen ja auch gelungen, hier und da mal einen Erfolg davonzutragen, aber letzten Endes ihr Ziel zu verwirklichen, das scheiterte am gesunden Menschenverstande der Arbeiter. Es scheint so, als ob sie dieses selbst erkannt haben, und deshalb versuchen sie noch einmal, durch einen wahnsinnigen Putsch ihre unhaltbar gewordene Position zu retten und dennoch die deutsche Arbeiterschaft unter ihre Diktatur zu bringen. Mit welchen Mitteln, mit welchen Leuten, und mit welchen verhängnisvollen Folgen für die Arbeiter, die sich bereit fanden, für diese Führer den Kampf mit der Sicherheitswehr aufzunehmen, das haben wir ja gesehen. **Verhängnisvoll waren die Folgen auch für die übrige Arbeiterschaft, die nicht Mannes genug war, sich gegen derartige terroristische Methoden zu wehren, und zwar lediglich aus falscher Gefühlsduselei.**

Wer nun die ganze Sache nüchtern betrachtet, der muß doch zu der Erkenntnis kommen, daß ganz bestimmte Gründe vorhanden sein müssen, die die kommunistische Partei veranlaßt, solche Methoden, von deren Erfolg ja nur ein Irrsinniger überzeugt sein konnte, in Anwendung zu bringen. Es sind nur zwei Gründe denkbar: Entweder die Leitung der Partei ist von der Reaktion bestochen, oder in Rußland ist eine Situation vorhanden, die trotz aller Siegesnachrichten verzweifelt sein muß. Es könnte ja auch noch allerdings sein, daß ihnen die Siegesnachrichten in den Kopf gestiegen sind, denn die Ludendorffschen Methoden scheinen ihnen ja sehr nachahmenswert zu sein. Ich bin aber der festen Ueberzeugung, daß die russische Bruderpartei in schweren Nöten ist. Es mußte deshalb von der deutschen Sektion der Moskauer Internationale unter allen Umständen etwas unternommen werden, um durch eine große Täuschung dem russischen Volke vorzumachen, auch in Deutschland befinde sich das Proletariat im Kampfe mit der Gegenrevolution mit den weißen Garden der Ebert-Republik. Nur dadurch wäre es vielleicht möglich, in Rußland das bolschewistische Regiment noch eine Zeitlang aufrecht zu erhalten. Auch die eigenen Anhänger im Lande wollen Taten sehen, denn sonst wäre ja die ganze Partei zwecklos. Wenn nun immer gesagt wird, der Militarismus hat uns ja auch unter Diktatur gestellt, so muß man eins bedenken: Aus ganz kleinen Anfängen heraus hat sich der deutsche Militarismus entwickelt. Ich betone, entwickelt aus den Verhältnissen der Zeit heraus. Der Staat hat seine Beamten aus diesen Reihen genommen. Die Schulen werden im Anfang auch von Offizieren und Korporalen geleitet, und so hat sich denn ganz allmählich ein Geist in den Köpfen der Deutschen entwickelt, der nur zum Gehorsam gegen den König oder die Obrigkeit eingestellt war. Die breite Masse wurde ja überhaupt nicht gefragt, brauchte ja auch nicht gefragt zu werden, denn sie war ja gar nicht politisch denkfähig. Unter dem Schutze dieses Militarismus hat sich dann das deutsche Wirtschaftsleben entwickelt und jene Männer hervorgebracht, die unbedingt notwendig sind, solchen komplizierten Apparat in Gang zu halten. Aus der Industrie heraus haben sich aber auch jene Männer entwickelt, die im Gegensatz zu den Führern des Wirtschaftslebens eine andere Weltanschauung hegten, nämlich die sozialistische. Heute ringen diese beiden Gegensätze miteinander im geistigen Kampfe um die Seele des Volkes. Unermüdlich wird dieser Kampf mit verschiedenen taktischen Mitteln geführt werden, aber das Problem wird nie mit Waffengewalt zu lösen sein. Ich kann wohl jemanden zwingen, irgend etwas zu tun, aber einen geistig hervorragenden kapitalistischen Wirtschaftspolitiker mit Gewalt zu zwingen, etwas zu tun, über das man sich selbst nicht im klaren ist, das ist unmöglich. Nur dadurch, daß es uns gelingt, immer mehr wissende Menschen zu überzeugen und selbst heranzubilden, werden wir zum Sozialismus kommen. **Wie lange es dauert, das hat auch die Arbeiterschaft mit in der Hand, indem sie jede Putschtaktik ablehnt und entschlossen in der Partei und in der Gewerkschaft ihre Pflicht erfüllt.** Auch die Führer müssen selbstverständlich alle ihre Fähigkeiten ausnutzen im Dienste des Sozialismus und der Menschheit.

Partei-Angelegenheiten.

Genossinnen und Genossen! Beteiligt Euch heute abend an der Gewerkschaftsversammlung im „Volkspark".

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Metallarbeiter von Halle,

die politisch der SPD. und der USPD. angehören, treffen sich am Freitag nachmittag 5 Uhr zu einer gemeinsamen Besprechung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. Das Mitgliedsbuch der Partei ist als Legitimation mitzubringen. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der augenblicklichen Situation.

Freier Sängerchor. Die Singestunde findet Freitag abend 6 Uhr statt.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 31. März 1921.

Wie verschicke ich eine Ansichtskarte? Bei der Ansichtspostkarte sind nicht weniger als sechs verschiedene Gebühren zu berücksichtigen. Wieviele Fehler werden da gemacht werden, wieviel Freundschaften in die Brüche gehen, weil die Empfänger die Annahme der nur gegen Zahlung von Strafporto zu erhaltenden Karten verweigern. Wir geben daher nochmals ein genaues Verzeichnis der beim Ansichtspostkartenversand in Frage kommenden Sätze: 1. Eine Karte, die nur Absender und Absendungstag enthält, kostet beim Versand innerhalb Deutschlands sowie nach Danzig und Memel als Drucksache 10 Pfennig. 2. Eine Karte, die außer dem Absender und dem Absendungstag noch 5 Höflichkeitsworte auf der Vorderseite enthält, kostet im Inland mit Danzig und Memel, Luxemburg, Oesterreich, Ungarn und Westfalen 15 Pfennig. 3. Karten, die mehr als 5 Worte enthalten, kosten im Ortsverkehr 30 Pfennig und 4. nach auswärts 40 Pfennig. 5. Ansichtspostkarten nach dem Auslande kosten als Drucksache 30 Pfennig und 6. als Postkarte 80 Pfennig.

Gegen die Krebskrankheit. Der Krebs ist eine schwere, in den letzten Jahrzehnten immer mehr hervortretende Volkskrankheit. Sein Beginn ist meist ohne Schmerzen. Nur der Arzt ist imstande, schon frühzeitig zu unterscheiden, ob eine Wucherung oder eine Geschwulst eine bösartige, krebsartige ist oder nicht. Zur Verhütung des Krebses dienen trockne sonnige Wohnungen, Vermeidung roher Nahrungsmittel, unreinen Trinkwassers, zu hastigen Essens zu heißer Speisen, zu kalter Getränke, Achtung auf regelmäßige Stuhlentleerung, Schutzverband für Frauen, Vorsicht beim Verkehr mit Haustieren, Vermeidung von Alkoholmißbrauch und anderes. Der Krebs ist heilbar, aber nur durch eine Operation. Wo durch irgendeine kurpfuscherische Maßnahme angeblich ein Krebs geheilt worden ist, da ist es überhaupt kein Krebs gewesen. Am häufigsten befällt der Krebs die Verdauungsorgane. Lang andauernde Schlingbeschwerden. Gefühl des Steckenbleibens der Nahrung in der Gegend der Herzgrube erfordern eingehende Untersuchung der Speiseröhre. Verhärtungen, Knoten, Bläschen, die unter entsprechenden Maßnahmen nicht nach kurzer Zeit verschwinden, sind verdächtig. Der Unterleibskrebs bei Frauen beginnt schleichend mit Unregelmäßigkeit der Ausscheidung und ist in seinem Beginn oft mit dem bloßen Auge nicht zu erkennen. Der im Beginn erkannte Gebärmutterkrebs ist sicher heilbar durch einen verhältnismäßig ungefährlichen Eingriff. Etwa 40 Prozent der Gebärmutterkrebse werden jetzt schon durch die operative Entfernung dauernd geheilt.

Aus dem Zoologischen Garten. Es ist für die jetzige Zeit wo seltenere exotische Tiere in neuen Exemplaren so gut wie gar nicht in die zoologischen Gärten kommen, als ein besonderes Ereignis anzusehen, wenn unser Zoo um drei neue Affen bereichert ist. Gerade diese, besonders bei den Kindern, nicht minder aber auch bei den Erwachsenen so beliebten Tiere haben ja sehr stark unter der Ungunst der Kriegsverhältnisse gelitten, und die Bestände schrumpften in allen Gärten arg zusammen. Die neuen Ankömmlinge sind Rhesusaffen, eine der häufigsten Arten, die man in Europa sieht. Sie gehören nicht den höher stehenden Affen an, sondern den meerkatzenartigen. Ihre Heimat ist Vorderindien bis in die hohen Gebirgszonen des Himalaja und die Berge Kaschmirs hinauf. Also auch dort haben sie z. T. härteres Klima auszuhalten und sie gewöhnen sich deshalb auch am besten an das europäische Klima und gewöhnen sich hier gut ein. Hoffen wir, daß diese Rhesusaffen die Vorläufer anderer seltsamerer

---

Berliner Tagebuch.

Brief aus Berlin vom 27. März.

I. Die äußere Physiognomie.

Der nicht nur betrachtende, sondern wartende Fremde in Berlin sieht nur glatten Materialismus. Er schämt sich für den Bettler in der Tauenzien- und Friedrichstraße, der von der Rentabilität seiner Schamlosigkeit charakterfest überzeugt ist. Er wird zynisch: „Mensch! Hopp uf de Schulter, det is rihrender!" Alles, vom Schnürsenkelverklopper bis zum Varietéaktionär ist mit dem Motto gestempelt: Nur keene falsche Scham! Wenige Geistige und noch weniger klugeinfache Menschen hatten keine Berechtigung, Sternheims ätzende, hohnklare berliner Bilanz als nicht zutreffend abzuweisen. (Hierzu gehört aber nicht der sonnige behäbige „Lokal-Anzeiger".) Sternheim schrieb: „Berlin" oder „Juste-milieu". Im selben Gedankengang möchte ich übersetzen, die richtige Mischung, wobei der Ton auf „richtige" liegt. Die richtige Mischung: „Mir kann keener" und „ach Jott, der arme Mann"; dann kaum verstehbare Kleinigkeitsanlässe, die in der Untergrundbahn, in der Straßenbahn, im Autobus, im Grünkramladen, auf dem Gemüsemarkt, im Friseurladen, im Café, im Weinrestaurant Männergebrüll und Weibergekeif auslösen, wobei der beschwichtigende Wirt kaum eine Beruhigungsfigur abgibt. Schäbige Eleganz pompöser Plüschmöbel ist immer das Kennzeichen erschwinglicher Gaststätten und möblierter Wohnungen. Zum Verständnis der Berliner Dirne führt keine Brücke. Weit von der Bürgermoral entfernt, das kurzgebrauchte Weib stolzbrüstig zu verdonnern, empfängt den anders Denkenden eine Jauche echt Berliner Tiraden. *Mors syphilitica!* Der geborene Berliner ist Händler, seine Handelsware ist eng umgrenzt: Streichhölzer, Produkten, Geflügel, Weiber. Oder er hat eine Destille, deutsch Stehbierhalle, die trotzdem seine Handels- und Geldmachbedürfnisse voll befriedigen kann. Dazu kommt dann noch jene Großmannssorte der Handels- und Industriewelt, die in der Provinz in einigen Exemplaren den notwendigen Blick für soziale Bedürfnisse zeigt, hier aber, wenn sie Zeit hätten, auch schon so herablassend wären, sich den kleineren Brüdern im Geschäftsgeiste würdig anschließen. Ihre Frauen gehen auf glitzernde Wohltätigkeitsbälle, eine höhere Kategorie ist mitunter geistig interessiert.

Ein Problem ist der Arbeiter. Aber abgesehen von dem festen, ehrlichen Proletarierstamm der vier sozialistischen Parteien und der zumeist noch aus der Provinz eingewandert ist, ist der typische Berliner Arbeiter durchaus würdig seiner bourgeoisen Mitbewohner dieser Reichshauptstadt. Ein Symptom für ihn ist seine Radikalität. (Womit keine Kritik an den Linksparteien abgegeben werden soll. Dazu halte ich in der Hauptsache die Tätigkeit der Linksparteien in dieser chaotischen Zeit viel zu wertvoll, wie ich auch der Ansicht bin, daß das bolschewistische Rußland eins der wenigen wertvollen Tatsächlichkeiten der jetzigen Weltbegebenheiten ist. Ueber ein starres Uebertragen solcher Systeme auf andere Länder in diesem Zeitpunkt läßt sich allrdings streiten.) Der Berliner Arbeiter ist radikal, weil er eine unbefangene, reine Freude am Raunzen, am Schimpfen, am Knurren, am immanenten Unzufriedensein hat. Wie der Bourgeois nachts in Berlin nicht schlafen kann und will, weil er auf der Lauer vor dem Einbruch ist, so wäre der Berliner Arbeiter ein totgeborenes Kind, wenn er nicht täglich seine Schimpfschnauze im Bewegung setzen könnte. Den Blick und das Wollen für das Aufwärts hat aber nur jener feste Bestand der vier Parteien; er ist ein Halt und ein Hoffen für die nächste Zukunft, die schließlich doch Wesentliches aus der Provinz bringen wird.

In den Proletarierstadtteilen grassiert bedenklich das Elend. Was ist dagegen das Wehgeschrei der kleinen Beamten, sogar das lautlose Leiden so mancher arm, vornehm, unaufdringlich und zurückhaltend Lebenden der sogenannten ehemaligen guten Gesellschaft. Skrofulöse Kinder, eingefallene Frauengesichter, im Wachstum irgendwo abnormierte Männer, kaum oder ganz unzulängliche Wäsche in den dunklen Wohnungen. Dabei muß naturnotwendig das Verbrechen keimen. Die Pflicht zum Verbrecher! (Ich wäre in diesem Falle eher Verbrecher als Handarbeiter.) Und wenn diese Auch-Menschen sich doch zum Lohnarbeiter bekennen, wieviel unendliche Qualitäten stehen hier auf. Nicht einmal die Bessersituierten unter diesen Leuten fühlen eine Ruhe der lebendigen, körperlichen Gegenwart. Weiß ein Bourgeois, was es heißt, von Tag zu Tag zu leben, weiß meine Verwandtschaft, was es heißt, von Tag zu Tag denken? Hier hilft keine Gouvernantenwohltätigkeit!

Dafür glitzert aber der Westen von Eleganz, wohl paradiert für Ententekommissionen. Ich bin ehrlich: gut angezogene Frauen gefallen mir, ebenso gut angezogene Männer sind mir lieber als schlampige. Aber männliche Modedamen! — Ich muß an einen preußischen Herrschten der glorreichen Siegesallee denken, der auch so aufgebaut ist, daß man nicht weiß, ob es ein Mann oder ein Weib ist. Und schließlich die Judenfrage? Bei der leichten Erregbarkeit der Rassefanatikisten kann man ihre Abneigung verstehen. Bei einem Durchschauen des Kurfürstendammes, der Tauenzienstraße und sonstiger angrenzender Bezirke entdeckt man wenig den intelligenten jüdischen Typus. Den Analytiker, der im Innerlichen frei ist von dem Stempel seiner Rasse. Hier stolziert der anmaßende, bornierte Jude, der mit Kapital und Trebern gesättigte. Trotzdem möchte ich den Haß, kaum nicht einmal den Spott aufkommen lassen. Uebergangserscheinungen haben immer ein besonders forciertes, anmaßendes Plakatwesen. Solches macht sich ja auch in den Ausländern breit, die Berlin außerordentlich stark bevölkern. Türken, Russen, Balkanesen, Nordländer, Ententisten, Mongolen und die unumgänglichen Neger und Mulatten. Und selbst der in Berlin auf den Strich Geschäftsmann aus der Provinz hat hier, wenn auch nicht den äußersten Schmiß, so doch die lockere Hand im Bezahlen ausgiebiger Gelage in auf Bluff eingestellten Neppwirtschaften.

Otto Brattskoven.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0005

Arten sind, an deren munterem, possierlichem Wesen sich die Besucher des Gartens werden erfreuen können.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Die am 1. April fällige Mitgliederversammlung fällt wegen des Belagerungszustandes aus.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, nachmittags 5½ Uhr, gelangt die romantische Oper „Undine" von Lortzing zur Aufführung. Freitag, vormittags 10½ Uhr, wird als Schülervorstellung bei volkstümlichen Preisen das Lustspiel „Minna von Barnhelm" von Lessing gegeben. Am Freitag, nachmittags 5 Uhr, gastiert Gertrud Kappel vom Staatstheater in Hannover als Elisabeth in „Tannhäuser", am Sonnabend, 5½ Uhr, als Leonore in „Fidelio". Die Freitag-Stammkarten gelten am Sonnabend, den 2. April. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Glaube und Heimat", abends „Wenn Liebe erwacht".

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Heute, Donnerstag, abends 5½ Uhr, Spieltag B. Der Termin für Spieltag A, der gestern wegen Lichtmangel unerwartet abgesagt werden mußte, wird noch bekanntgegeben. C: Sonnabend, den 2., D: Montag, den 4., E: Mittwoch, den 6., F: Sonnabend, den 9. April. Die Karten für das 6. und 7. Werk sind bis zum 4. April in den Zahlstellen einzulösen.

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine.

Die geplanten Versammlungen können wegen des Belagerungszustandes nicht stattfinden und müssen um acht Tage verschoben werden.

Der Bezirksvorstand.

Die Fortentwickelung des kommunistischen Terrors.

Innerlich ist die Aktion der Kommunisten und KAPD.-Leute schon längst zerfallen. Rein äußerlich aber wirkt sich das Treiben der Banden weiter aus, sprosst das von den Hetzern gesäte Unkraut noch immer und es ist wohl der Wunsch aller geraden, vernünftig und wahrhaft volksfreundlichen Menschen, daß diesem Anarchismus recht bald durch energisches Zugreifen ein Ziel gesetzt wird, wenn anders nicht der jetzige Zustand zu einem Nährboden für die Reaktionäre ausarten soll, die ja schon jetzt wieder beharrlich nach ihrem starken Mann schreien und aus den Umtrieben der Linksradikalen die Berechtigung der Selbstschutzverbände herzuleiten versuchen.

Die jetzige Lage läßt sich an Hand einiger örtlicher Angaben folgendermaßen skizzieren: Das Leuna-Werk ist ausgehoben worden. Der Seuchenherd ist damit gelöscht, schneller als viele dachten, die sich auf eine langwierige Absperrungstaktik gefaßt machten. Die einschließende Polizei hatte durch konzentrischen Angriff den Aufständischen ein Entkommen unmöglich gemacht. — Auch sonst läßt sich ein Zerbröckeln der „Aktion" in Teilunternehmungen feststellen, die allerdings stellenweise den Charakter großer Heftigkeit annehmen. So ist gestern morgen bei Gröbers eine schwache Polizeiabteilung von Banden überrumpelt worden und hat erhebliche Verluste verzeichnen müssen. Aus dem heftigen Feuer der Insurgenten war zu sehen, daß sich noch erhebliches Kampfmaterial in den Händen der Putschisten befinden. — In Erfurt ist die Lage ruhig. Eine Anzahl Betriebe liegen still. An anderen Stellen aber wird voll oder zum mindesten in beschränktem Umfange gearbeitet.

In **Weißenfels hat eine Versammlung der Betriebsräte des Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenreviers bekanntlich** den von den Kommunisten geforderten Generalstreik mit großer Mehrheit abgelehnt. Auf den Gruben wird überall gearbeitet. Doch liegen in der Stadt Weißenfels selbst viele Betriebe still.

In **Magdeburg ist alles ruhig.** Es gelang dort, eine schwere Verbrecherbande, das sogenannte Sprengkommando, festzunehmen. In Querfurt ist eine Reihe von Geschäften von einer Bande ausgeplündert und die Stadtkasse beraubt worden. Vor der eintreffenden Schutzpolizei verließen die Täter auf Automobilen die Stadt und nahmen den Bürgermeister und zwei weitere Geiseln mit. Die verfolgende Schutzpolizei erreichte die Bande. Bei dem sich hierbei entwickelnden Feuergefecht wurden die Geiseln verwundet, eine Anzahl Kommunisten, darunter ihr Führer Straube, fielen.

Ueber das Eingreifen der württembergischen Eisenbahner zum Bahnschutz in Mitteldeutschland wird der Telegraphen-Union aus Stuttgart berichtet:

Nach Mitteilungen von zuständiger Seite sind auf Antrag des Reichsverkehrsministeriums aus der württembergischen Verkehrswehr 150 Freiwillige am Karfreitag zum Schutze der durch verbrecherische Anschläge gefährdeten Bahnanlagen in den Bezirken der Eisenbahndirektion Halle und Magdeburg nach Mitteldeutschland befördert worden. Bei ihrer Ankunft in Sangerhausen wurden sie nach dem Verlassen des Zuges von Aufrührern überraschend mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer empfangen. Der Bahnkörper wurde von den Aufrührern gesprengt. Ein Lokomotivführer von Stuttgart wurde getötet, außerdem wurden 24 Mann verwundet. An den Ueberfall schloß sich ein etwa 4 Stunden dauerndes Gefecht an, in dessen Verlauf der Bahnkörper in den Händen der Württemberger blieb. Die Verwundungen beweisen die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen seitens der Aufrührer. Diese Geschosse wurden in den Taschen der Aufrührer gefunden.

Alles in allem läßt sich feststellen, daß die Kommunisten die Massen nicht hinter sich haben. Nachdem die zentralisiert gedachte „Aktion" nun so kläglich mißglückt ist, werden sie versuchen, mit allen Mitteln noch einige Erfolge zu erhaschen, da sie nur so die Möglichkeit gegeben sehen, den bisherigen Anhängern den ganzen Wahnwitz ihrer Taktik zu verschleiern. Wir aber werden alle Kraft daran setzen, diesen Elementen die Masken herunterzureißen.

Arbeitsaufnahme im Bornaer Bezirk.

Im Bornaer Bezirk sind, wie uns soeben gemeldet wird, sämtliche Belegschaften bis auf winzige Teile wieder eingefahren.

Lächerlichkeit tötet.

Wie uns mitgeteilt wird, erschien gestern in der Sitzung des Kreisausschusses des Saalkreises, Herr Driebusch aus Reideburg, und gab dem Vorsitzenden, Genossen Thiele, einen Zettel, auf dem er ankündigte, daß er seine Aemter als Kreisdeputierter, Kreisausschußmitglied und Kreistagsmitglied niederlege. Der Vorsitzende verlas den Zettel in Gegenwart des Herrn Driebusch und nahm die Niederlegung zu den Akten. Darauf entfernte sich Herr Driebusch. Er mag schon längst gemerkt haben, daß er seit geraumer Zeit nur noch eine lächerliche Rolle spielte.

Das Disziplinarverfahren gegen ihn hat noch nicht zum Abschluß gebracht werden können, weil der untersuchende Beamte der Merseburger Regierung wegen Krankheit einen längeren Urlaub antreten mußte. Herr Driebusch scheint aber zu ahnen, daß das gegen ihn vorliegende Material erdrückend genug ist, seine Absetzung herbeizuführen. Vielleicht hat er dem Verfahren durch seinen scheinbar freiwilligen Rücktritt die Spitze abbrechen wollen. **Wie aus kommunistischen Kreisen verlautet, ist er übrigens auch mit den beiden Parteifreunden, die gleich ihm in den Kreisausschuß gewählt worden waren, darüber in Gegensatz geraten, daß er nach wie vor den Kreisausschußsitzungen fern bleiben wollte, während die beiden anderen gewillt sind, mitzuarbeiten. Jedenfalls ist der Rücktritt des Herrn Driebusch ein Beweis für den auch hier sinkenden Einfluß prahlerischer Großsprecher auf die Arbeiter.**

Sowjetstaat Gröbers und Umgebung G. m. b. H.

Obwohl Sicherheitspolizei sich in Gröbers nicht hatte blicken lassen, mußte auf kommunistische Hetze die Belegschaft der Grube und des Elektrizitätswerkes schon am Mittwoch in den Streik treten. Um sich hierbei aber nun nicht in die Brennesseln zu setzen, ließen die Drahtzieher unerfahrenen jungen Burschen die formelle Verantwortung tragen und schoben dieselben in den sogenannten Aktionsausschuß. Am Freitag traten eine Anzahl älterer Bergarbeiter zusammen, erklärten ihren Austritt aus der VKPD. und gründeten einen Ortsverein der SPD., dem sofort 23 Mitglieder beitraten. Da dieser Schritt die helle Wut der kommunistischen „Freiheitskämpfer" hervorrief, mußten diese neuen Genossen nach auswärts flüchten, denn in einer am Sonnabend stattgefundenen kommunistischen Belegschaftsversammlung bedrohte man sie in aller Oeffentlichkeit mit Totschlag.

Am ersten Feiertag traten die „Aktionsausschüsse" in Gröbers und Osmünde in Tätigkeit und begannen bei den wohlhabenderen Gutsbesitzern zu „requirieren". Die kommunistische Zentrale in Osmünde hatte inzwischen erfahren, daß Bitterfelder Kommunisten die Absicht hatten, bewaffnet nach Leuna zur Verstärkung zu ziehen und daß man weiter unterwegs alle waffenfähigen Männer nach dort mitnehmen wollte. Am zweiten Feiertag wurde durch die Gemeindediener (in Osmünde sogar vom kommunistischen Gemeindevorsteher unter voller Angabe seines Amtstitels mit Siegel) ausgerufen, daß am nächsten Tage sich alle Männer vom 18. bis 40. Jahre zur Einreihung in die rote Armee stellen müßten; wer nicht folge würde erschossen! Auf diesen Anschlag gegen die persönliche Freiheit begann eine Massenflucht der also bedrohten Einwohner. Daß auch hier die eigentliche Arbeiterschaft mit diesen Machenschaften nichts zu tun hatte, bewies

die Flucht vieler Arbeiter

vor dem Waffenterror.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag erschienen bewaffnete Banden aus Bitterfeld. Sie führten vier Maschinengewehre mit sich. Es waren fast durchweg unreife Burschen von 17 bis 20 Jahren. Inzwischen war den zunächst noch unsichtbar gebliebenen Leitern der Bande bekannt geworden, daß die Leunawerke in die Hände der Polizei gefallen waren. Auf Einladung der führenden Osmünder Kommunisten blieb die Gesellschaft deshalb in Gröbers und richtete sich hier häuslich ein. Es wurden Lebensmittel, Kleidungsstücke, Fuhrwerke, Pferde, Fahrräder und sonstige Sachen „requiriert", wobei man sogar so anständig war, Quittungen mit der Unterschrift „Der Aktionsausschuß. — Die oberste Heeresleitung" auszustellen.

Am Dienstag mittag ½12 Uhr machte die Schupo von Halle in Stärke einer Hundertschaft auf drei Autos eine Erkundung gegen Gröbers. Da sie in völliger Unkenntnis über die wirkliche Lage in Gröbers war und von den Kommunisten möglichst nahe herangelassen wurde, bekam die Mannschaft aus nächster Nähe und aus dem Hinterhalt heftiges M.-G.-Feuer, dem sofort der Hauptmann, der nächste Offizier und drei Mann durch Kopfschüsse zum Opfer fielen. Die übrige, nun ohne Führung gelassene Mannschaft, mußte sich vor der großen Uebermacht und Feuerüberlegenheit der „kommunistischen" Banden zurückziehen, wobei noch drei Mann fielen. Da von drei Polizeiautos zwei durch das M.-G.-Feuer unbrauchbar gemacht waren, mußten sie mit einer beträchtlichen Anzahl Waffen und Munition den Banden überlassen werden.

Sowie die Polizei sich zurückgezogen hatte, begann

eine abscheuliche Leichenräuberei

an den Gefallenen. Die Fledderer ließen alles, was nur einigermaßen von Wert war, mitgehen. Die Leiche des Hauptmanns wurde bis aufs Hemd geplündert. Die „Ausbeute" betrug eine ganze Anzahl Ringe, Uhren, Stiefel, Mäntel, Strümpfe und sonstige Kleidungsgegenstände, sowie eine ansehnliche Summe Bargeld.

Mittwoch morgen erschienen zwei elegant gekleidete Männer mit glattrasierten Gesichtern und spez. russischem Aussehen, die sofort als Führer in Aktion traten und auch in jedem Falle als solche respektiert wurden. Späterhin erschienen noch zwei weitere besser gekleidete Leute auf der Bildfläche, von denen einer als „Hölz" bezeichnet wurde. Mittags machte sich eine lebhafte Unruhe unter der Bande bemerkbar. Es wurde wiederholt gegen Richtung Schkeuditz aufgeklärt, wobei als „Ausbeute" ein Geschäftsauto mitgebracht wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der von Schkeuditz nach Leipzig abfahrende Personenzug sinnlos beschossen. Da sich Anzeichen dafür ergeben hatten, daß Truppen aus der Richtung Leipzig im Anzuge waren, begann die Bande plötzlich aufzubrechen. Für ihren Abmarsch trafen sie „umfassende" Vorbereitungen. Zuerst fand ein großes allgemeines Schweineschlachten statt. Das Wohnhaus des Bergwerksdirektors wurde unter Leitung eines der russisch aussehenden Führer einer gründlichen Plünderung unterzogen, wobei nicht einmal die auf den Eiern sitzende Glucke verschont wurde. Was nicht mitgenommen werden konnte, wurde zerschlagen. Um 4 Uhr rückte dann die auf sieben Wagen und zwei Gulaschkanonen verstaute Räuberbande ab. Zwei Sipoleute und zwei Reichswehrsoldaten, die sich auf der Urlaubsreise befunden hatten und in Gröbers aus dem letzten verkehrenden Zuge geholt worden waren, mußten zu Fuß dem Wagentroß folgen. Für diese Gefangenen hegt man in Gröbers die schwersten Besorgnisse, denn bereits am Dienstag entgingen sie der „standrechtlichen" Erschießung (sie standen bereits mit auf dem Rücken gebundenen Händen vor den Gewehren) nur der Zufallslaune eines Bandenmitgliedes. Nachdem man dem Arzt als „Gegenleistung" für die Hilfe, welche er den „kommunistischen" Verwundeten angedeihen ließ, noch ein Paar Stiefel abrequiriert hatte, verschwand die Bande in der Richtung Delitzsch mit ihrem gesamten Raube.

Die gesamte Arbeiterschaft und die sonstigen Bürger von Gröbers atmeten wie von einem Druck befreit auf, als der Zug nicht mehr in Sichtweite war. Dieser praktische Versuch von der Errichtung einer Diktatur nach russischem Sowjetmuster, welchen die beiden schon bezeichneten russischen Führer der Bande ausgezeichnet durchzuführen verstanden, hat auf die hiesige, den kommunistischen Schwülstigkeiten und Phantomen bisher gläubig nachjagende Arbeiterschaft, wie ein kaltes Sturzbad gewirkt. Möge die Erkenntnis auch in den Teilen der Arbeiterschaft wachsen, die bisher von der handgreiflichen Nähe ihres Sowjettraumes verschont wurden.

Die Belegschaft des Leunawerkes entlassen.

Die Werksleitung des Ammoniakwerks Merseburg und die Arbeitgeber-Vereinigung Leunawerke erlassen folgende Bekanntmachung:

Die Arbeiterschaft des Ammoniakwerkes Merseburg und der Bau- und Montagefirmen befindet sich seit 23. März 1921 im Streik. Sie hat sich deshalb vom Streikbeginn ab als entlassen zu betrachten. Arbeitspapiere und etwa rückständiger Lohn wird, sobald es die Verhältnisse gestatten, den Entlassenen durch die Post zugehen.

Von der Entlassung ausgenommen sind diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die von jetzt ab unmittelbar vom Werk zur Verrichtung von Notstandsarbeiten aufgefordert werden und diese verrichten.

Leuna-Werke, den 29. März 1921.

Die Werksleitung des Ammoniakwerkes Merseburg.
Arbeitgeber-Vereinigung Leuna-Werke.

Die kommunistische Aktion im Bockwitzer Ländchen.

Lagebericht vom 30. März 1921, vormittags 10 Uhr.

Die im Laufe des gestrigen Tages in Großkmehlen verhafteten Landwirte Hicke, Sigesmund und Weise wurden auf Grund der behördlichen Intervention am gestrigen Nachmittag in Freiheit gesetzt.

In einer gestern abend in Bockwitz stattgehabten Volksversammlung wurde von besonnenen Elementen zum Abbruch des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit geraten. Die Syndikalisten erklärten, sich diesem Beschluß nicht fügen zu wollen und auf eigene Faust den Kampf weiterzuführen. In einer für heute früh 9 Uhr anberaumten Belegschaftsversammlung soll nunmehr endgültig über Abbruch oder Weitergang des Streiks entschieden werden.

Der Bahnübergang am Oberlausitzer Bahnhof in Bichla ist seit gestern nachmittag von einer Gesellschaft halbwüchsiger Bengels zwecks Autokontrolle besetzt.

Wie soeben gemeldet wird, befindet sich ein Trupp von ungefähr 10 Mann neuerdings auf dem Wege von Bockwitz über Tettau nach Süden, angeblich um neue Requisitionen durchzuführen.

Arbeitswillige Landarbeiter in Fichtenberg wurden mit Steinwürfen vom Felde vertrieben. Der dortige Amtsvorsteher hat heute die strikte Anweisung erhalten, gegen derartigen Terror rücksichtslos einzuschreiten.

Die bei den Werken requirierten Kraftwagen sind bis auf einen zurückgegeben.

Die Bemerkung im Torgauer Kreisblatt vom gestrigen Tage, die Behörden im Kreise Liebenwerda wären nicht Herr der Lage, wird im Namen sämtlicher Behörden des Kreises auf das schärfste als unrichtig zurückgewiesen.

Die heute morgen stattgehabte Versammlung in Bockwitz beschloß auf Grund der Mitteilung eines aus Berlin angekommenen kommunistischen Agitators, daß heute morgen die Eisenbahner in den Streik treten und Berlin den Generalstreik aufnehmen würde, weiter zu streiken. Desgleichen soll versucht werden, die Arbeiter der zu Lauchhammer gehörigen Grube Koyne, die die Arbeit heute aufgenommen haben, gewaltsam von der Arbeit zurückzuholen. Auf Grund der Agitation des Berliner Kommunisten soll die Wiederaufstellung der Roten Armee im Ländchen mit aller Macht betrieben werden.

Torgau. Die Lage. Am Donnerstag vormittag zogen mehrere Trupps jugendlicher Kommunisten von Fabrik zu Fabrik und forderten die Arbeiter zum Generalstreik auf. Unter diesen Herumziehenden sah man viele bekannte Gesichter, welchen am Arbeiten nichts gelegen ist; obwohl gedroht wurde, daß den Arbeitswilligen die Knochen entzweigeschlagen würden, hat der größere Teil der hiesigen Arbeiter es abgelehnt, den Generalunsinn mitzumachen. Auch der Straßenkehr-Kolonne, alles alte Männer, drohte ein Ueberradikaler, die Besen über dem Kopfe entzwei zu schlagen; unter diesem Terror haben am Donnerstag nachmittag die alten Männer die Arbeit niedergelegt, aber am Sonnabend morgen wieder aufgenommen; diesem Beispiel folgten sehr viele, welche am Donnerstag in der Eile die Arbeitsstätte verlassen hatten, so daß am Sonnabend morgen nicht mehr viel Streikende zu sehen waren. Am Freitag vormittag 10 Uhr hatte man auf dem kleinen Exerzierplatz Sanssouci eine öffentliche Versammlung einberufen. Man hatte diesen Platz gewählt, weil man glaubte, der Marktplatz reiche nicht aus, aber kaum 300 Menschen hatten sich eingefunden und davon bestand ein großer Teil aus Neugierigen. Denn als die beiden Häuptlinge der VKPD., Dittmar und Leich aufforderten, alles was revolutionär sei, sollte nach rechts treten, waren es noch nicht 300, welche den Unsinn mitmachen wollten; die anderen traten beiseite; erstere wurden dann zum Kampf in Gruppen, 18 Gruppen zu je 8 Mann Infanterie, 5 Gruppen je 8 Mann Pioniere und 3 Gruppen je 8 Mann für Maschinengewehre, welche vorhanden sein sollten, eingeteilt. Bekannt gegeben wurde, daß, falls Verhaftungen vorgenommen würden, man das Gefängnis stürmen und die Inhaftierten befreien würde. Streikdauer sei 6 Tage. — Am Freitag abend nach 11 Uhr hörte man in der Gegend der Eisenbahnbrücke Detonationen von Handgranaten; es war auf die Brückenwache ein Angriff abgesehen, welcher aber abgeschlagen wurde; vermutet wird, daß eine Sprengung der Eisenbahnbrücke über die Elbe vorgenommen werden sollte. Die Eisenbahndirektion Halle hat für Aufklärung des Anschlages 20 000 M. ausgesetzt. Bei dem Angriff ist ein Posten und ein Angreifer schwer verwundet worden. Am Sonnabend nahm die hiesige Polizei mehrere Haussuchungen vor und wurde in verschiedenen Wohnungen, auf Dachböden, in Gärten vergraben, größere Mengen Zündschnur, Dynamit, Eierhandgranaten und Munition gefunden, in einer Gartenlaube 173 Stück Handgranaten und über 3000 Schuß Munition. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt; die Haupträdelsführer sind geflüchtet. So sieht man jetzt in Torgau von den großen Schreiern keinen einzigen mehr, die haben den besseren Teil der Tapferkeit erwählt. Gestern abend wurde das Terrain an der Eisenbahnbrücke mit Leuchtraketen abgeleuchtet. Krieg im Frieden. Durch diese gewissenlose Putschhetzerei sind wieder viele Familien ins Unglück gestürzt worden, und über viele ist das Elend noch größer geworden. Wann werden sich die Arbeiter aufraffen und gegen solche Hetzer Stellung nehmen? Aber die Vernunft bricht sich Bahn, sehr viele Arbeiter machen diese Putschtaktik nicht mehr mit; sie lehnen es ab.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0006

Sozialdemokratischer Kulturtag in Dresden.

In der Sonderausgabe der „Volksstimme“ brachten wir einen kurzen Vorbericht des sozialdemokratischen Kulturtages, der seit Mittwoch vor Ostern in Dresden tagte. Die aufregenden Ereignisse in und um Halle verhinderten uns einen ausführlichen Bericht über die dort gepflogenen Verhandlungen zu geben. Wir behalten uns vor, später noch auf die Tagung zurückzukommen. Heute geben wir einem Teilnehmer derselben selbst das Wort.

Der erste sozialdemokratische Lehrertag in Dresden.

Den Kern des Kulturtages der S. P. D. (Volksstimme Nr. 64) bildeten die beiden Verhandlungstage der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands. Von vornherein herrschte eine lebendige Stimmung dabei. Waren doch über 400 Teilnehmer anwesend, eine Zahl, an die weder Veranstalter noch Gäste gedacht hätten. Demzufolge war der auf eine geringe Zahl berechnete Versammlungsraum bei allen Verhandlungen gedrängt voll, was aber der Gemütlichkeit nichts schadete.

Den Auftakt gab der Begrüßungsabend am 23. d. Mts. Er bot im ersten Teile hervorragende Kunstgenüsse, im zweiten buntes Durcheinander. Schnell kamen Bekanntschaften zustande, wurden alte, beinahe vergessene, erneuert; denn es gab nicht nur junge Heißsporne dort, sondern in trefflicher Mischung Lehrer jeder Altersklasse und Schulart. Aus allen Gauen Deutschlands fanden sie sich unterm Banner der Sozialdemokratie zusammen.

Den ersten Verhandlungstag füllten 5 Vorträge aus, 4 in geschlossener, 1 in in öffentlicher Versammlung. Ein reicher Begrüßungsregen eröffnete ihn. Wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, der sah hinter jedem der aus den bekanntesten Parteipersönlichkeiten bestehenden Sprechern die Masse des schaffenden Volkes stehen, die ihrer Lehrerschaft zurief: „Reißt uns, die wir euch vom Drucke befreiten, mit zur Höhe empor!“ Und es waren Höhenflüge, die nun folgten! Pochenden Herzens hörten wir alle in den ersten Vorträgen über die weltliche Gemeinschaftsschule von den Dingen sprechen, die gerade jetzt in uns um die Palme ringen: Einzelmensch und Gemeinschaft! Im kapitalistischen Zeitalter waren sie Gegner, im sozialistischen sind es Freunde. Aller Widerspruch zwischen Lehre und Leben löst sich. Die Gemeinschaftsschule ist Tat, nicht Moralisieranstalt! Kind und Erwachsener lernen das Leben bejahen, und die neue, nun erst echte Kultur steigt auf. Eine neue, eine Diesseits-Religion durchschwingt unser Leben und beseelt auch die schmutzigste Arbeit! So klang es aus den Worten beider Redner, von denen der eine, Genosse Radbruch-Kiel, die wissenschaftliche Grundlage, der andere, Genosse Arzt-Dresden, die lebendige Ausführung beleuchtete. Die Aussprache führte wieder zur Erde nieder. Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, namentlich innerhalb der Arbeiterschaft zeigen an, daß die Kämpfe um diese Höhenstellung erst beginnen. Aber weder Verfassung noch Reichsschulgesetz vermögen unsre Siegeszuversicht zu morden, höchstens zu dämpfen.

In den folgenden Vorträgen ging es wieder hinauf. Genosse Ludo Hartmann-Wien gab der Geschichte den Sinn, den sie jedem ehrlichen Wahrheitsucher öffnet: Geschehen als Geschichte ist ohne Gemeinschaft unmöglich. Klarheit im Erkennen der Zusammenhänge alles Geschehens beseitigt den bisher üblichen Persönlichkeits- und Nationalitätenkult. Den Zusammenhang gibt aber nicht das Lehrbuch, sondern das Leben mittels Selbst- und Fremdbeobachtung! Genosse Henningsen-Hamburg führte anschließend wundervoll aus, wie sich an den dortigen Gemeinschaftsschulen die Geschichte des täglichen Geschehens zur Geschichte der Menschheit verdichtet.

Die auch hier lebhaft einsetzende Aussprache drehte sich namentlich um die Beschaffung von Quellenwerken, aus denen die Vergangenheit so zu uns spricht, wie sie sich tatsächlich abgespielt hat. Die Auswertung der Gegenwart fordere namentlich für die Landschule Umstellung des Schulbetriebes und Fahrtverbilligung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Am Abend fanden sich die meisten Teilnehmer in der Volksversammlung wieder, in welcher Heinrich Schulz über die Kulturaufgabe der Sozialdemokratie sprach und freudigen Widerhall bei den Anwesenden fand, was sich an der langen Reihe zustimmender Redner erwies.

Den zweiten Tag eröffnete eine stürmische Einspruchskundgebung gegen das in den letzten Tagen aller sozialistischen Gemeinschaftsgesinnung ins Gesicht schlagende Dynamit- und Räuberunwesen, die sich zu folgender Entschließung verdichtete:

Der erste Kulturtag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der maßlosen Verwilderung der politischen Sitten, die zu den jüngsten Gewalttaten irregeleiteter oder verbrecherischer Elemente geführt hat. Er verurteilt diese Attentate als Fortsetzung der Barbarei des Weltkrieges und als willfährige Nachahmung der russischen Methoden terroristischen Kampfes. Der Kulturtag bezeichnet diese empörenden Anschläge als doppelt verbrecherisch angesichts der politischen und wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes und fordert gegen sie zum schärfsten Widerstand auf.

Allein die bewährten politischen Kampfmethoden der Sozialdemokratie, insbesondere die praktische Kulturarbeit, wie sie von jeher von ihr geleistet worden ist, und der dieser Kulturtag neue und starke Antriebe geben soll, können dieser geistigen und sittlichen Verwilderung Einhalt tun und der politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung Deutschlands alle Stetigkeit und Sicherheit geben, die für die Wiedergesundung des deutschen Volkes eine unbedingte Voraussetzung sind. Der sozialdemokratische Kulturtag verpflichtete die Versammelten und darüber hinaus alle, die sich zu seinen Zielen bekennen, insbesondere alle Parteigenossen, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse als einen Kampf um eine höhere Form der menschlichen Kultur mit den Kampfesmitteln der Sozialdemokratischen Partei und im Geiste des ersten sozialdemokratischen Kulturtages zu führen.

Daran schlossen sich zwei Vorträge über sozialistische Bildungsarbeit und die Stellung der Lehrerschaft dazu. Auch hier hatte Hamburg im Genossen Schult die Führung zur Höhe übernommen. Der Sozialismus, der bisher in Gestalt der Sozialdemokratie die Demokratie erstrebt und erkämpft hat, kann nun an seine eigentliche Aufgabe gehen. Es gilt für ihn, der Arbeit und der Gesellschaft wieder die Seele zu geben, welche der Kapitalismus beiden genommen hat. Die Arbeiterschaft kann nun auf der Grundlage der Demokratie dem Kapital die Herrschaft über die Arbeitsverteilung entreißen und in der Eigenkultur der sozialistischen Gemeinschaft die kapitalistisch-fabrikmäßige Lebenskunst beseitigen. Diese Gemeinschaft sorgt sich nicht mehr um die Mittel zum Leben, sondern um das Leben selbst. Diesem Ziele gemeinsam mit der Arbeiterschaft zuzustreben, ist Bestimmung der sozialistischen Lehrerschaft. Genosse Weimann, Sekretär des Zentral-Bildungsausschusses, unterstrich diese Gedanken und stellte fest, daß die Lehrerschaft noch mehr als bisher tun könne und müsse. Vorbildlich für alle sei die Arbeiterjugend-Bewegung. Im wechselseitigen Geben und Nehmen müsse einer dem andern zur Höhe hinauf verhelfen. In der Aussprache hob sich durch seine vergeistigte Erscheinung und den Inhalt seiner Worte besonders Genosse David hervor. Angesichts der Tatsache, daß es gelte, die errungene Demokratie nun zwecks Aufbaues des Sozialismus mit Klauen und Zähnen zu verteidigen, müsse in allen, namentlich in der Lehrerschaft, das sozialistische Pflichtgefühl wach sein.

Den Nachmittag füllte eine bewegte Beratung des Schulprogramms der S. P. D. aus, die in einer Ueberweisung an Hamburg zur textlichen Festsetzung endete. Außerdem wurde eine Entschließung an das Reichsministerium des Innern über die Vereinfachung der Rechtschreibung angenommen.

Am Schlusse der beiden Tagungen konnte Heinrich Schulz feststellen, daß die von ihnen gehegten Erwartungen mehr als erfüllt seien, und daß es nun für jeden heiße: Ans Werk, Genossen! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

G.

Die Führeraussprache der Arbeiterjugend.

Als dritte Veranstaltung des sozialdemokratischen Kulturtages fand am Ostersonnabend und -Sonntag eine Führeraussprache der Arbeiterjugendbewegung in Dresden statt. Sie wurde eingeleitet mit einer wirkungsvollen Frühlingsfeier der Dresdener Arbeiterjugend, in der Karl Bröger die Festansprache hielt. Er sprach zu der großen Gemeinde vom Frühling, der zu allen Zeiten ein Sinnbild der Jugend war. Arbeiterjugend will der Frühling sein, der der Welt nottut. Frühling ist das Beste der Gemeinschaft, und alles Leben wird nur jung durch die Gemeinschaft. Sie wächst auch in der Arbeiterjugend. Der Frühling ist aber nicht nur Freude, sondern auch Kampf, und auch die Arbeiterjugend sind nicht nur Spieler und Tänzer, sondern auch Kämpfer. Tanz und Arbeit, Kampf und Spiel, Sonne und Jugend gehören zusammen. Die Feier fand ihren Abschluß mit fröhlichem Tanz und Spiel.

Am Sonntag früh begann die eigentliche Tagung. Sie war aus allen Teilen des Reiches überaus reich beschickt und bewies dadurch, wie groß das Bedürfnis war. Mit dem Lied unserer Jugend „Wann wir schreiten Seit an Seit“ erfolgte die Eröffnung. Der Vorsitzende, Genosse Schulz, wies in seinen begrüßenden Worten auf die Bedeutung dieser Tagung hin. Sie ist eine Folgeerscheinung des Weimarer Reichsjugendtages, der einen Wendepunkt in der gesamten Arbeiterbewegung bedeutet. Der sozialdemokratische Kulturtag, den jetzt diese Führeraussprache abschließt, ist ein Kind des Weimarer Jugendtages. Der sozialdemokratische Lehrertag und die Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse der Partei haben ähnlich wie Weimar der zukünftigen Kulturarbeit der Partei die Wege geebnet. Die Jugend wird den ersten Kulturtag beschließen, und sie wird auch diesmal wieder frisch und fröhlich vorangehen. Das deutsche Volk erlebt jetzt seine schwerste Zeit, aber in dieser Zeit hat es eine Jugend, die zukunftsfreudiger ist als je zuvor.

Nach herzlichen Begrüßungsworten eines Dresdener Jugendgenossen sprach Heinrich Schulz über Jugendfürsorge, Jugendpflege und Jugendbewegung. Er ging aus von dem Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, der jetzt an den Reichstag gelangt ist und wies darauf hin, daß es gelungen ist, in diesem Entwurf die Jugendbewegung zu verankern. Der Jugendbewegung ist damit die Möglichkeit gegeben, sich an der Arbeit der Jugendämter zu beteiligen. Es hängt ganz von der Kraft unserer Jugendvereine ab, welche Rolle sie in den neuen Jugendämtern spielen wird. Er behandelte dann die einzelnen Begriffe Jugendfürsorge, Jugendpflege und Jugendbewegung, die in der Entwicklung aufeinander folgten und auch in sachlicher Beziehung eine Steigerung bedeuten. Die wertvollen Ausführungen lassen sich kurz dahingehend zusammenfassen, daß der Referent mit Jugendfürsorge alle Maßnahmen für körperlich, geistig und sittlich gefährdete Kinder und Jugendliche bezeichnete. Die Jugendpflege umfaßt alle die Maßnahmen, die für die gesunde Jugend unternommen werden. Während es sich bei Jugendpflege und Jugendfürsorge um Maßnahmen Erwachsener für die Jugend handelt, entwickelt sich die Jugendbewegung aus der Jugend selbst. Das Ziel muß sein, die Jugendfürsorge durch die Jugendpflege abzulösen und der älteren Jugend die Möglichkeit zur Jugendbewegung zu schaffen.

Nach Heinrich Schulz sprach Franz Osterroth über neue Wege und Ziele unserer Bewegung. Er stellte zunächst fest, daß Jugend das Spiegelbild des Zeitgeschehens ist. In Weimar ist die proletarische Jugend zum Bewußtsein des Zeitgeschehens erwacht. Weimar war die Geburt des sozialistischen Gemeinschaftsgefühls, ein Pfingsten. Wir wollen einen fröhlichen Kampf. Wir brauchen Befreiung vom Wissensballast und die Freiheit, uns unsere Führer selbst zu wählen. Die Alten müssen erkennen, daß Sozialismus auch Güte und Glaube an die Zukunft einschließt. Es geht durch die gesamte deutsche Jugend eine innere Revolution, und es besteht die große Hoffnung, daß die gesamte bewußte deutsche Jugend gesammelt wird unter dem Banner des Sozialismus. Bei uns ist dazu notwendig die Aufhebung der Altersgrenze, die Mitarbeit der Mädchen, Gemeinschaftsgefühl bei der Arbeit. Die wirtschaftlichen Aufgaben müssen den Gewerkschaften übertragen werden. Nach diesen Ausführungen, die teilweise heftigen Widerstand fanden, sprach Dora Klages als Vertreterin der weiblichen Jugend und gab wertvolle Anregungen für die Mädchenarbeit. Das Referat des Genossen Westphal mußte ausfallen, da er am Erscheinen verhindert war.

Die Nachmittagsstunden waren durch eine äußerst ergiebige Aussprache ausgefüllt. Alle Diskussionsredner brachten zum Ausdruck, daß die Arbeiterjugend in der Jetztzeit vor gewaltige kulturelle Aufgaben gestellt wird, das aber ihr Erfüllung zum großen Teil auf anderem Wege als den von Franz Osterroth aufgezeigten vorsichgehen werde. Die Arbeiterjugendbewegung bleibt stets ein Teil der großen Gesamtarbeiterbewegung, sie hält am Klassenkampf nach wie vor fest und erkennt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den erwachsenen Parteigenossen, die bis jetzt in der Zentrale in denkbar bester Weise vor sich ging, an. Die Aufgabe der Arbeiterjugendbewegung muß es sein, möglichst bald in allen Teilen des Reiches zur Jugendbewegung zu kommen und in der Arbeiterjugendbewegung junge Sozialisten zu erziehen, die den Sozialismus nicht nur verstandesgemäß erfassen, sondern ihn erleben. Für diese Erziehungsarbeit kann man keine Richtlinien aufstellen, sondern sie muß wachsen aus der Jugend selbst. Genosse Schulz konnte am Schlusse der Aussprache unter allgemeiner Zustimmung feststellen, daß die Tagung ihren Zweck voll erreichte. Sie konnte kein Erlebnis werden wie der Reichsjugendtag, sondern sie war ein Prüfen an uns selbst. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß die Arbeiterjugend in dieser Zeit der gärenden Unruhe die einzige starke und zielbewußt vorwärtsschreitende Jugendbewegung ist. Die Dresdener Tagung wird die Bewegung weiter festigen, weil sie die Meinungen geklärt und gezeigt hat, daß die junge Generation der Arbeiterschaft ihren Weg zum Sozialismus beschreitet mit freudiger Begeisterung, aber auch mit ernstester Selbstprüfung, um erfolgreichste Arbeit zu leisten. Mit dem Kampflied der Arbeiterjugend „Dem Morgenrot entgegen“ fand die Aussprache und damit der erste sozialdemokratische Kulturtag sein Ende.

Ausland.

Freier Handel in Rußland.

Aus Moskau kommt die Nachricht, daß der Rat der Volkskommissare einen bedeutungsvollen Entschluß gefaßt hat, indem er ein neues Dekret billigte, laut den Einschränkungen der Genossenschaften aufgehoben werden. Sie werden vom Staate als unabhängige Vereinigungen betrachtet. Ihnen wird gestattet, bei der Bauernschaft die nach der normalen Ablieferung verbleibenden Lebensmittel und Rohstoffe zu kaufen, wobei der Handel den einzelnen Personen gestattet und der Weiterverkauf zugelassen ist. Das Projekt, das voraussichtlich in allernächster Zeit zur Ausführung kommen wird, bedeutet die Rückkehr der autonomen Gestaltung der russischen Genossenschaften und eine Niederlage von Trotzkis Verstaatlichungsplänen. Durch Annahme dieses Gesetzes wäre der freie Handel auch für Privatpersonen tatsächlich in Rußland wiederhergestellt. Der Außenhandel wird jedoch hiervon natürlich nicht berührt.

Verstärkte Kohlenlieferungen an Oesterreich.

Wien, 29. März. Die „Politische Korrespondenz“ schreibt: Bei den letzten Londoner und Pariser Besprechungen hat die österreichische Regierung an die alliierten Mächte das Ersuchen gerichtet, es möchten Oesterreich monatlich 300 000 To. Kohlen mehr zugewiesen werden, als es bisher erhielt. Nach dem österreichischen Vorschlag sollte dies derart durchgeführt werden, daß das an Frankreich von Deutschland zu liefernde Kohlenquantum um 300 000 Tonnen verringert wird, und diese 300 000 Tonnen Kohle aus Oberschlesien an Oesterreich geliefert werden. Bei den erwähnten Besprechungen hat die französische Regierung in Aussicht gestellt, eine Erhöhung der bisherigen Lieferungen nach Oesterreich um 200 000 To. eintreten zu lassen, sich aber vorbehalten, aus welchen Revieren die Lieferungen erfolgen sollen. Die Bezahlung der Kohle soll durch Ausfuhr erfolgen. Ueber die näheren Bedingungen werden Beratungen zwischen den Fachleuten stattfinden.

Neuwahlen in Italien.

Rom, 29. März. (T. U.) „Giornale d'Italia“ vernimmt von einer Giolitti nahestehenden Persönlichkeit, daß die Neuwahlen beschlossene Tatsache sind und die Kammer Anfang April durch königliches Dekret aufgelöst werden wird. Die allgemeinen Neuwahlen sollen am 22. Mai stattfinden.

Frankreichs Besuch in Amerika.

Paris, 31. März. Viviani ist am 25. März abends in Washington eingetroffen. Der „Matin“ widerspricht in aller Form der Nachricht, daß die Mission Vivianis irgendwie finanzieller Natur sei.

Der abgeblitzte Exmonarch.

Prag, 30. März. Wie die Prager Blätter erfahren, hat die tschechoslowakische Regierung in der Angelegenheit der Einreise des Kaisers Karl in Ungarn energische Schritte unternommen, und zwar in Budapest, Bukarest, Belgrad, Paris, Rom und London. Auch mit Oesterreich ist verhandelt worden. Die tschechoslowakische Regierung ist zu energischen Maßnahmen entschlossen.

London, 31. März. Wie Reuter erfährt, ist die englische Regierung unter keinen Umständen gewillt, die Wieder-

Am 1. April beginnt die „Volksstimme“ mit dem Abdruck des aus dem amerikanischen Bergmannsleben gegriffenen aktuellen und sozialen Romans

„König Kohle“

Wir laden zum Abonnement der „Volksstimme“ ein und liefern bis 15. April angemeldeten neuen Lesern der „Volksstimme“ den bereits erschienenen Teil des Romans unentgeltlich nach.

Verlag Volksstimme G. m. b. H.

Bestellschein.

Ich bestelle vom ______________ ab die

„Volksstimme“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage „Volk und Zeit“ zum monatlichen Bezugspreise von Mk. 6.00 frei Haus.

Name: ______________ Beruf: ______________

Wohnort: ______________ -Straße Nr. ______

Wird der Bestellzettel nicht an den örtlichen Austräger der „Volksstimme“ gegeben bezw. zur Bestellung beim Postamt benutzt, sondern an den Verlag eingesandt, so wird um Einsendung des Bezugspreises an das Postscheckamt in Erfurt, Konto Nr. 11092 Volksstimme, G. m. b. H. ersucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0007

errichtung der habsburgischen Monarchie zu gestatten, da sie sich vergegenwärtigt, daß die Wiedereinsetzung Karls zu den verschiedensten internationalen Verwickelungen führen und den Frieden Mitteleuropas gefährden würde.

Wien, 31. März. Wie eine Zeitungskorrespondenz erfährt, ist der angekündigte Schritt der großen und der kleinen Entente gegen jeden Versuch einer Wiederherstellung der Habsburger in Ungarn bereits erfolgt. Reichsverweser Horthy beharrte auf seiner Haltung gegenüber dem Exkönig Karl, womit sich die Vertreter der tschechoslowakischen, der jugoslawischen und der rumänischen Regierung zufrieden gaben.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages und die weitere Regelung der oberschlesischen Frage.

In Artikel 88 des Friedensvertrages heißt es: „In Oberschlesien werden die Bewohner aufgerufen, bekanntzugeben ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen." Die lang erwartete und von allen Beteiligten so mühsam vorbereitete Abstimmung, die durch diesen Artikel festgesetzt wurde, ist entschieden. In Kürze wird amtliches Material darüber zu erwarten sein, inwieweit gewaltsamer Einfluß von polnischer Seite das Abstimmungsergebnis zu ungunsten Deutschlands zu drücken vermocht hat, und inwieweit die Bestimmungen des Friedensvertrages, daß weder Polen noch Deutschland „Treibereien" ins Werk setzen dürften, verletzt worden ist. Man ist nun leicht geneigt, mit dem deutschen Abstimmungssieg die Vorstellung zu verbinden, als sei mit dem Ergebnis des 20. März Oberschlesien ohne weiteres für Deutschland gerettet. Wenn auch der Abstimmungssieg zweifellos einen bedeutenden Schritt nach vorwärts darstellt, so verdienen doch die Bestimmungen des Friedensvertrages weitgehendste Beachtung, die nunmehr den weiteren Verlauf der Grenzregulierung festlegen. In den Ausführungsbestimmungen zu § 88 (als Anlage in sechs Artikeln) ist es klar ausgesprochen, wer das letzte Wort über Oberschlesien zu sprechen hat. Zunächst liegt es der Abstimmungskommission ob, die Stimmzahlen mit einem genauen Bericht über den Verlauf der Abstimmung den alliierten und assoziierten Hauptmächten zu melden. Diesem Bericht hat die Kommission bereits einen genau ausgeführten Vorschlag über die endgültige Grenzregulierung hinzuzufügen. Wie ist diese Kommission zusammengesetzt? Deutschland hat von ihren sieben Mitgliedern eins gestellt. Ebenso hat Polen einen Vertreter gesandt. Da die Kommission mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt, ist Deutschland demnach in einer absoluten Minderheit. Der Vorschlag für die Grenzregulierung, den der Ausschuß bei der Entente einreicht, ist für diese keineswegs bindend. Vielmehr bleibt bei den Hauptmächten die Befugnis, über die definitive Grenze endgültig zu entscheiden. Da nach dem Wortlaut des Friedensvertrages für die Grenzregulierung ausdrücklich vorgesehen ist, daß wirtschaftliche und geographische Gesichtspunkte neben dem Abstimmungsergebnis zu berücksichtigen sind, so ist damit für die Entente ohne weiteres ein reichlicher Spielraum für ihre Entschlüsse bei der Grenzfestsetzung gegeben. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiten der Kommission und erst recht die endgültigen Beschlüsse der Entente nicht in wenigen Tagen abgeschlossen sein werden. Es ist daher notwendig, die Kunst des Abwartens, die wir ja bis zum Abstimmungstag schon reichlich erproben konnten, weiter zu üben. Inzwischen aber sollten in der deutschen Oeffentlichkeit die Probleme der Unteilbarkeit Oberschlesiens in geographischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung weitgehende Beachtung und reichlichste Durchberatung finden.

Vermischtes.

Im hinterindischen Kino.

Die Kulturbedeutung des Kinos erschöpft sich ja nicht nur in den Ländern der abendländischen Kultur und Amerikas, sondern auch im fernen Osten und im Innern Afrikas ist der Film zu Hause und findet leidenschaftliche Verehrer. Wir können uns garnicht vorstellen, in was für exotischen Umgebungen und vor welch seltsamen Publikum die Filme gespielt werden, die auch wir zu Gesicht bekommen. Eine hinterindische Kinovorstellung schildert Dorothea Black, die in einer kleinen Stadt bei Birma lebt, in einem englischen Blatt: „Unser Kino ist gerade kein stattliches Gebäude. Es besteht aus einer rostigen Eisenkonstruktion, die über und über mit den Film-Plakaten der letzten Jahre beklebt ist. Vor dem staubigen Eingange sind zahllose Verkaufsstände. Da sitzen Händler mit Reis und allerlei seltsamen Süßigkeiten, die von Unmassen von Fliegen bedeckt sind und von nicht viel sauberen Eingeborenen behütet werden. Das Publikum drängt sich in dichten Mengen in dem dunklen Raum und wirkt sehr malerisch. Da sind einheimische Arbeiter und Wasserträger, die ihren Turban vom Kopf herunterwinden, wenn sie eintreten, birmanische junge Herren in belleuchtenden Seidengewändern, die englische Zigaretten schmauchen. Hier und da eine kupferbraune, prächtig geschmückte Frau mit einem gleichfarbigen Kind auf dem Arm. Die Kaufleute, Geldverleiher und reichen Chinesen nehmen die besten Plätze ein. Das wenige Licht erlischt. Die Musikbande beginnt einen schrillen und verworrenen Lärm, in dem jedes Instrument für sich zu spielen scheint, die Vorstellung beginnt. Zunächst gibt es ein „Lustspiel", eine ganz blödsinnige Geschichte, in der dicke Frauen von Dächern in Leimtonnen fallen, und blödaussehende Männer groteske Liebeserklärungen machen. Es folgt eine wilde Jagd in wenig bekleidetem Zustande, die aus dem Schlafzimmer über Dächer und Schornsteine geht und bei der schließlich alle übereinander purzeln. Mit gravitätischem Ernst folgen die Zuschauer diesen merkwürdigen Vorgängen. Die Menschen des Ostens haben für „Humor" in unserem Sinne nichts übrig. Dann folgt der „große Sensationsfilm", in dem sich immer wieder dieselben Dinge ereignen: maskierte Männer überfallen Reisende, entführen Mädchen, sperren sie in Gebirgsfestungen. Jeder dieser Films hat zum mindesten ein Automobilunglück, einen Raubanfall und einen Mord. Schlafzimmerszenen sind beliebt und häufig. Dynamit und Pistolen gehören zur Tagesordnung. Wir in den hintersten Reihen unter dem Baldachin lachen über die große Banalität dieser Szenen und ihrer Uebertreibungen. Aber die Nachdenklicheren unter uns versuchen sich vorzustellen, welch einen Eindruck all diese Dinge auf die Gemüter dieser Menschen machen, die früher gewohnt waren, in dem Weißen die Verkörperung der Gerechtigkeit und des Anstandes zu sehen und die nun solche blöde oder verbrecherische Gesellen auf der Leinwand erblicken."

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Häc; für die Inserate Wilhelm Herzog; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis.

Landwirtschaftskammerwahl.

Gemäß § 45 der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern vom 6. Januar 1921 (Preuß. Ges.-Samml. S. 54) gebe ich hiermit öffentlich bekannt, daß bei der am 20. März 1921 stattgefundenen Wahl von vier Mitgliedern zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen insgesamt 1761 gültige Stimmen abgegeben worden sind und zwar:

für Wahlvorschlag 1 (Wesche) 1597 gültige Stimmen,
für Wahlvorschlag 2 (Schneider) 164 gültige Stimmen.

Da nach § 42 der Wahlordnung die zu besetzenden Kammermitgliederstellen auf die Wahlvorschlage nach dem Verhältnis der ihnen zugefallenen Stimmen zu verteilen sind, sind vom Wahlvorschlag 1 (Wesche) die Kandidaten:

1. Wesche, Gustav, Oekonomierat in Raunitz,
2. Heidenreich, Robert, Gärtnereibesitzer in Wörmlitz,
3. Hubbe, Richard, Oekonomierat in Kaltenmark,
4. Walther, Franz, Gutsbesitzer in Kleinkugel,

als Kammermitglieder gewählt.

Halle a. S., den 30. März 1921.

Der Wahlkommissar für die Landwirtschaftskammerwahl.
Ad. Thiele, Landrat.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Käse erfolgt vom Freitag, dem 1. April an, in nachstehenden Geschäften: Molkerei Niemberg, Lindenstr. 52, Molkerei Niemberg, Beesener Str. 1, Molkerei Niemberg, Rannische Str. 22, Molkerei Niemberg, Martinstr. 11, Molkerei Merbitz, Freiimfelderstr. 8, Chr. Hinsche, Gr. Gosenstr. 21, Otto Petschke, Wielandstr. 30. Auf die Marke des Warenbezugsscheines Nr. 33 werden für jede Person eines Haushalts 100 Gramm zum Preise von 1,05 Mark abgegeben.

Halle, den 31. März 1921. **Der Magistrat.**

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesell.gen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Eilenburg. Sonnabend, den 2. 4. abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung der S.P.D. Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage. 2. Stellungnahme zur Bezirkskonferenz und Wahl der Delegierten. 3. Verschiedenes. Vollzähliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Könnern. Funktionärsitzung der S.P.D. Am Donnerstag, den 31. 3., abends 8 Uhr, bei Genosse Starke, sehr wichtige Funktionärsitzung. Erscheinen aller Funktionäre erforderlich.

Der Vorstand.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen der weiteren außerordentlichen Steigerung aller Krankenhaus-Bedürfnisse werden in den hiesigen Universitätskliniken folgende Kurkostensätze erhoben:

vom 1. Februar 1921 ab:
von den Kranken III. Klasse täglich . . 20 Mk.
vom 1. April 1921 ab:
von den Kranken II. Klasse täglich . . 30 Mk.
von den Kranken I. Klasse täglich . . 45 Mk.

Halle a. S., den 22. März 1921.

Der Kurator der Universität.
Meyer.

Weißenfels

Bekanntmachung.

Die amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats und der Polizeiverwaltung Weißenfels sind bisher in folgenden 4 Tageszeitungen veröffentlicht worden:

Weißenfelser Tageblatt,
Klassenkampf,
Volksbote,
Volksstimme.

In Anbetracht der sehr hohen Kosten, die dafür aufzuwenden waren, haben die städtischen Körperschaften beschlossen, ein Amtsblatt herauszugeben, daß ab 1. April unter dem Titel

„Weißenfelser Nachrichten"

Dienstags, Donnerstags und Sonnabends erscheint.

Neben dem amtlichen Teil werden ausführliche Berichte über die Verhandlungen der städtischen Körperschaften und Ausschüsse erscheinen. Auch werden Inserate von Privaten und Vereinen aufgenommen. Der Bezug kann bei nachbenannten Zweigstellen erfolgen und kostet, dort abgeholt, pro Monat 1.— M., bei der Post bestellt frei Haus 1.50 M., für ein Vierteljahr 4.50 M.

Die Annahme von Privat-Inseraten findet nur in der Expedition, Naumburgerstraße 24, statt.

Die viergespaltene Zeile kostet 1.— M.

Bestellungen auf das Amtsblatt nehmen folgende Zweigstellen entgegen:

Kaufmann **Fr. Würfel**, Bergstraße 1,
O. **Weichert**, Beuditzstraße 13,
O. **Möller**, Beuditzstraße 45,
A. **Junghans**, Bei Beuditz 3,
Kaufmann **R. Buschendorf**, Gr. Burgstr. 23,
Konsumverein, Kl. Deichstraße 10.
Kaufmann **K. Braune**, Feldstraße 3,
Kaufmann **R. Schäfer**, Feldstraße 10,
Kaufmann **A. Kegler**, Gustav-Adolfstraße 6.
Kaufmann **J. Bechtold**, Herrmannsgarten 17,
E. Bognitz, Hirzemannstraße 12.
Frau verw. **Siplitz**, Hohestraße 37,
Kaufmann **W. Bollrath**, Jüdenstraße 6,
Seilermeister **W. Fischer**, Jüdenstraße 34.
Kaufmann **A. Hatzky**, Kl. Kalandstraße 9,
Kaufmann **M. Müller**, Gr. Kalandstraße 13,
Konsumverein Kugelberg 34/36,
Kaufmann **L. Hoffmann**, Kalandstraße 19,
Frau **Grabicke**, Langendorferstraße 10,
Kaufmann **H. Schlüter**, Langendorferstraße 27,
Konsumverein, Leipzigerstraße 10.
Kaufmann **K. Schröder**, Leipzigerstraße 77,
Kaufmann **Engel**, Merseburgerstraße 17.
Kaufmann **A. Wenzel**, Merseburgerstraße 46,
Kaufmann **H. Brunke**, Merseburgerstraße 61,
Kaufmann **A. Köhler**, Naumburgerstraße 2.
Kaufmann **F. Rudolph**, Naumburgerstr. 48,
Kaufmann **A. Berndt**, Nikolaistraße 41,
Konsumverein, Saalstraße 3.
Konsumverein, Schillerstraße 6.
Kaufmann **H. Schiedt**, Selauerstraße 2.
Kaufmann **K. Schmidt**, Schützenstraße 8.
A. Hoske Nachf., Tagewerbenerstraße 7.
Kaufmann **L. Krämm**, Weinbergstraße 26,
Kaufmann **W. Göpfarth**, Wielandstraße 30.

Weißenfels, den 29. März 1921.

Der Magistrat.

„Gilden-Sozialismus"
Vortrag von G. D. H. Cole.
Uebersetzt von Dr. Eva Schumann.
Preis 3.— Mk.
Buchhandlung Verlag der Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Heute eintreffend:
1 Waggon frische Fische
Cabeljau ohne Kopf Pfund nur . . 1.30
Seelachs ohne Kopf Pfund nur . . 1.— ℳ
Bratschellfisch . . . . Pfund nur 1.20 ℳ
Große Scholle . . . . Pfund nur 3.— ℳ
Gr. Steinbutt . . . . Pfund nur 8.— ℳ
außerdem alle Sorten frische Räucherwaren zu den billigsten Tagespreisen
Falckes Fischhandlung, Halle a. S.,
Leipziger Straße 35 u. 92. Fernruf 6881.

Bekanntmachung.

Auf Grund des vom unterzeichneten Verbande gefaßten Beschlusses fordern wir unsere noch im Ausstande befindlichen Arbeitnehmer auf, spätestens am **Freitag, den 1. April d. J., morgens die Arbeit wieder aufzunehmen**. Im anderen Falle haben sie sich als **entlassen** zu betrachten — Die Entscheidung über die **Wiedereinstellung** behalten sich die Arbeitgeber in jedem Falle ausdrücklich vor, insbesondere auch dann, wenn die Betriebe von fremden, z. Zt. stilliegenden Kraftquellen abhängig sind.

Halle, den 31. März 1921.

Verband der Metallindustriellen von Halle (S). und Umgegend E. V.

Ammendorfer Eisengießerei, E. Chr. Prinzler-Ammendorf. Hermann Bertram-Halle. Block & Buchmann-Halle. Karl Breitkopf-Halle. C. A. Callm-Halle. Concordia, Masch.-Bau-Akt.-Ges.-Halle. A. L. G. Dehne-Halle. Deutsche Zugmaschinenbau-Gesellsch. m. b. H.-Halle. Dicker & Werneburg G. m. b. H.-Halle. Gustav Drescher-Halle. G. L. Eberhardt-Halle. Leo Feger & Co., G. m. b. H.-Ammendorf. Goje & Werner-Halle. Gußwerke Halle. Böhme & Co.-Halle. Andreas Haaßengier, G. m. b. H.-Halle. Ferd. Haasengier-Halle. Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei-Halle. Hallesche Maschinenbau-Gesellschaft Kaye & Co.-Halle. Hallesche Röhrenwerke. A.-G.-Halle. Hallesche Schraubenfabrik, G. m. b. H.-Halle. Heime & Hans Herzfeld-Halle. F. Herbst & Co.-Halle. Wilhelm Jäger-Halle. Gustav Kamprath-Halle. Lange & Gillen-Halle. Lange & Rühlicke-Halle. Gottfr. Lindner, A.-G.-Ammendorf. Alfred Lutze-Halle. Magdeburg & Werther-Halle. E. Meinel, G. m. b. H.-Halle. Albert Mohr-Halle. Otto Recke-Halle. Friedr. C. Rischwitz-Halle. Chr. Prinzler & Söhne-Halle. Friedr. Reckmann-Halle. Reuter & Straube-Halle. M. Seydewitz & Co.-Halle. W. Stavenhagen-Halle. F. Schmidt-Halle. Schmidt & Spiegel-Halle. Hugo Schneider-Kupferwerk Trotha. Paul Schreck-Halle. Alw. Taatz-Halle. Thiem & Töwe-Halle. Alwin Tietz-Halle. Artur Bondran-Halle. Wegelin & Hübner A.-G.-Halle. Gustav Wöhlte-Halle. Weise & Monski-Halle. Weise Söhne-Halle. A. Werneburg & Co.-Halle. Hermann Winger-Halle. F. Zimmermann & Co. A.-G.-Halle.

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-
Läuse
sow. Brut (Nissen) Wanzen, Flöhe bei Mensch u. Tier. „Riesolda", g. gesch. Mitt. Wund. unschädl. Verk. nur Schurig, Steinweg 10. Postv.

Schlafzimmer
Küchen
Herren-, Speisezimmer
und einzelne Möbel.
H. Bergmann,
Inh. R. Ebeling,
Möbelfabrik,
Halle, Fleischerstraße 30/31.
Tel. 2382.

Dauerhafte
Geldscheintaschen
in pa. Leder und jeder Ausführung!!
sehr preiswert,
H. Krasemann
Lederwar.-Spez.-a.gesch.
nur
Schmeerstraße 19.

Doktor Werner
hilft
Frauen
welche an Stockungen und Unregelmäßigkeiten leiden, durch sein altbewährtes
Original-Mittel
Fallen Sie nicht auf die grossen, prahlerischen u. schreierischen Annoncen hinein, sondern bestellen Sie sofort noch heute, und auch Sie werden, wie schon so viele andere Frauen mir Ihren Dank aussprechen. Unschädlich, volle Garantie füge ich schriftlich bei. Vers. diskr. per Nachnahme.
Dr. phil. Werner, Hamburg
Catharinenstr. 2. J 1.

Jeder Leser der Volksstimme
erinnere bei Einkäufen sich und den Verkäufer bezw. Geschäftsinhaber an den Inseratenteil der Volksstimme und besuche nur solche Veranstaltungen, zu denen durch Anzeige in der Volksstimme eingeladen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210331-11/fragment/page=0008